

# Der Volksstaat

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
die Expedition, Hofe Str. 4.  
H. Debel, Petersstr. 18.  
H. Thiele, Emilienstr. 2.

Abonnementspreis:  
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Sgr.  
F. A. Sorge, Box 101  
Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

## „Der alte und der neue Jesuitismus,

oder die Jesuiten und die Freimaurer“ ist der Titel einer „Klostergefängnisarbeit“ von Bernhard Becker,\*) die wir unseren Lesern nur empfehlen können. Nicht als ob wir dem Verfasser in jedem Punkte beistimmen. Er überschätzt unzweifelhaft die Bedeutung des Freimaurerordens. Daß derselbe in der Welt eine politische Rolle gespielt hat und noch spielt, daß er in Deutschland speziell ein propagandistisches Werkzeug des preussischen Partikularismus ist, kann Niemand bestreiten; es ist aber entschieden zu weit gegangen, wenn das „Preussische Kaiserreich als eine Schöpfung der Freimaurer“ bezeichnet wird. (S. 19.) Der Freimaurerorden hat zur Verheißung des Kaiserreichs mitgewirkt — wenn auch nicht annähernd in gleichem Maße wie das Berliner Preßbureau\*\*) und die mit demselben verbundene Bücherfabrik der Droschens, Sybel, Mommsen und Konforten — allein gemacht hat er es nicht; das Kaiserreich wäre auch ohne den Freimaurerorden gekommen, denn es ist seinem Wesen nach ein notwendiges Produkt der politischen und ökonomischen Zustände Deutschlands und des übrigen Europa — Zustände, welche die preussische Regierung verstanden und klug ausgenutzt hat, während ihre Nebenbuhlerin, die östreichische, in stupider Verkennung der Zeitbedürfnisse, aber den obendrein mit Bindeln gefüllten Gülenestern der Vergangenheit brütete und sich die frischen Früchte der Gegenwart vor der Nase wegstibigen ließ. Doch das im Vorbeigehen. Sehr gut zeigt die Broschüre den jesuitischen Charakter des heutigen Staats und der heutigen Gesellschaft, und lehrreich ist besonders das Kapitel von der „jesuitischen Sittlichkeit“ und dem „Begriff der Moral überhaupt“.

Wir theilen den „Schluß“ der Broschüre mit:  
„Am 6. März des laufenden Jahres äußerte Bismard im Berliner Herrenhause (siehe Frankfurter Zeitung vom 8. März 1872, zweites Blatt, Nummer 68):

„Es gibt eine Partei, deren Ideal in der Zeit liegt, in der das Kommando des Mittelalters schwächer wird als der Einfluss des Reichthums. ... Dieses Ideal unzuverlässiger Metzen wird nicht erreicht werden.“

In diesen Bismard'schen Worten ist die Bedeutung der ganzen kirchlichen Bewegung der Neuzeit trefflich charakterisirt. Mit den lautereren Ideen der Gegenwart, mit den Fortschritten der Wissenschaft, mit dem Ringen der arbeitenden Klassen nach Gleichberechtigung und nach Abschaffung der von einseitigen Gesetzen geschaffenen Ausbeutung der Handkraft hat der wüste Katholiken-Kärm nicht das Entfernteste zu thun. Dieser Kampf der modernen Jesuiten gegen die alten Ordensbrüder ist ein Streit unter Sumpfbewohnern. Es ist ein Herrschaftskampf der Reaktionen unter einander. Es ist ein widerlicher Krampf, von welcher Seite man ihn auch betrachten möge. Dem Junker Rittmeister ist bange, daß ihm der Mann der Kutte die Rekruten unfolgsam macht. Mit andern Worten, es handelt sich darum, ob der Staat der Hebräer die Kaiserliche Militär- und Gemaßheitskommission oder ein päpstlicher Pfaffenstaat sein, ob der Krummstab oder der Säbel das Regiment über die leidende, ausgebeutete Menschheit führen soll. Bis hierher hatten wir allen Grund zur Annahme, daß diese Frage bereits durch die große geschichtliche Thatsache der Reformation entschieden und ins Trodne gebracht wäre. Im Mittelalter war ein solcher Kampf am Platze; jetzt, von der Höhe der Neuzeit aus gesehen, erscheint er dagegen als Lappalie, ja was noch mehr, als Karrikatur und Fälschung. Aber dieser galbanistische Krieg zwischen den Unken und den Fröschen zeigt uns, in welchen Träumen sich die jeharistische Gewaltherrschaft wiegt. Schon dünken sich die Kaiserlichen die Herren der Welt.

Der Papst behauptet, unfehlbar zu sein. Ebenso beansprucht ein Kaiser und König kraft der behaupteten Majestät die Unfehlbarkeit. Wenn die Herren selber daran glauben, so wollen wir ihnen das Vergnügen, das sie vielleicht in diesem Glauben finden, gerne gönnen. Nur sollen sie uns in Frieden lassen und uns auch glauben lassen, was wir wollen. Uns kann es ziemlich gleichgültig sein, ob der Papst vermöge seiner Unfehlbarkeit den ersten Fürstentum beansprucht, oder ob Solches irgend ein neuerstandener Jährling thut. Denn wir wissen, daß weder der Eine, noch der Andere von ihnen mehr mit unserer Zeit sich verträgt und noch viel weniger eine Zukunft hat. Die Krone und die Kaiserkrone sind für ein gemeinschaftliches Grab bestimmt. Auch Einballamirung kann sie nicht wieder lebendig machen, nicht das Lärmen der Lohndschreiber über Jesuiten-Kabalen sie von den Todten erwecken.

Das preussisch-deutsche Kaiserthum merkt selber, daß es nicht mehr für die neue Zeit paßt. Es fühlt sich unheimlich. Die bloßen Franzosenzüge genügen ihm nicht. Es ist nach Römernzügen und nach rumänischen Türkenkriegen lustern. Aber das heilige römische Reich deutscher Nation läßt sich nicht wieder herstellen. Ein schwacher epileptischer Papst, bevormundet von seinem Palast-Präsidenten, ein von seinem Reichskanzler berathener und getragener Kaiser, der nur Bundesoberhaupt ist, sind nicht die kräftigen mittelalterlichen Gestalten mehr. Das Zeitalter der Wissenschaft und der großen Erfindungen taugt für sie nicht. Das junge Europa kümmert sich um sie nicht. Die europäischen Völker lehnen ihnen den Rücken.

Überall erscheint das Volk selbst auf der Bühne. In Billionen sichbarem und unsichtbarem Verschlingungen und Verkettungen webt sich immer fester der internationale Bruderbund. Wir haben Besseres zu thun, als um Kaiser und Papst herumzukampeln. Sehen wir daher als erste Männer über alle Karrensposten und Kammernmärdchen zur europäischen Tagesordnung über!“

\*) Braunschweig, Verlag von W. Brade, Preis (bei 3/4 Bogen) 6 Sgr., direkt bezogen 4 Sgr., 20 Stück 2 Thlr.

\*\*) Nicht der „Fünfhunderttausend Lumpen“, (— siehe weiter unten das Gedicht „Zeitungschreiber“ —); zur Verhütung des Herrn Hüttner, der sich über die Ziffer (und bloß über die Ziffer) standhaft hat, wollen wir „Zehntausend“ weglassen; es bleiben immer noch genug. Da wir gerade bei Hüttner sind, sei ein Fehler der „Demokratischen Zeitung“ corrigirt, die ihn neulich den „kleinen“ Hüttner nannte. Hüttner — das sei den auswärtigen Lesern gesagt — die sich für Curiositäten interessieren — hat mindestens 6 Fuß Höhe und schier ebenso viel Umfang — groß, gras et — Hüttner, wie weiland Ludwig der Achtzehnte von Frankreich.

## Politische Uebersicht.

Zur Beurtheilung Debels im „Majestätsbeleidigungsprozeß“ schreibt die „Frankfurter Zeitung“ am 9. Juli:

„Die sächsischen Gerichte haben sich ein neues Verdienst um das neue deutsche Reich erworben, sie haben den Reichstag gerettet und Herrn Simon die Ruhe des Schlafes wiedergegeben. Die Nationalliberalen waren, als das Bundesstrafgesetz berathen wurde, nicht wenig stolz darauf, daß durch ihre Bemühungen in demselben der politischen Verfolgungssucht einige Schranken gesetzt und dem politischen Vergehen diejenige Unterscheidung von anderen strafbaren Fällen gesichert worden sei, welche die moderne Anschauung anerkennt und verlangt. Da ist nun die Probe auf das Fempel! Der Reichstag, der so stolz darauf ist, seine Polizei selber zu üben und sie auch in so mannichfacher Weise zu üben versteht, er hat jetzt nicht mehr, wie einst der preussische Landtag, nur Widersacher vor sich, welche die Herrschaft des Parlamentarismus nur bis an den äußeren Rand des Ministeriellen anerkennen; er und seine Existenz ist jetzt dem weissen Wohlbedinden jedes Richterscollegiums in jedem kleinen Städtchen anheimgegeben. Er ist stolz darauf, daß der Arm der Gerechtigkeit an den Pforten seines Saales selbst dem überwiesenen Verbrecher gegenüber erlahmt, aber er muß sich ohne Widerspruch gefallen lassen, daß man seinen Mitgliedern ebendasselbe Thör von außen zusperrt. Welche Perspektive eröffnet sich, wenn einst in Zeiten politischer Aufregung und Verfolgung sich dienstwillige Richter finden! Wie leicht erspart sich dann eine energische Regierung alle die mühselige und unsichere Arbeit, Wahlbezirke zu verlegen und Wähler zu corrumpiren, wenn man einfach den Oppositionsführern ein paar Majestätsbeleidigungsprozesse an den Hals hängt, für die sich ja — man denke an den Prozeß Waldeck! — Zeugen schon finden lassen. Damit der Abgeordnete ganz frei und unabhängig nach seinem Gewissen handeln könne, legt ihm die Reichsverfassung keinen Treueid als Bedingung des Abgeordnetenmandats auf, aber ein weit geringeres Vergehen, als der Bruch eines solchen Mandats sein würde, die Verleumdung eines Fürsten, reizt dieses Mandat mitten durch. Wahrlich, die Nachricht kommt gerade am richtigen Tage und wenn der alte Stein, dessen Seidentheil sie heute enthüllen, er, der in Fürstenbeleidigung etwas zu leisten vermochte — man lese Arndts „Wanderungen“ und man denke an den „ungehörigen widerspenstigen Staatsdiener“, mit dessen Prädikat er 1807 in Ungnade entlassen ward! — wenn er etwas von dem Talente von Immermann's seligem Münchhausen je in sich verspürt hätte, im Aergern zu ergrünen — traum!, welche schöne Partina würde seine Bronze sofort ansehen!

„Praktisch freilich hat die Sache blutwenig zu sagen und das ist das Ernsthafteste und Schlimmste an der Sache, denn Richtersprüche, die mit so leichter Mühe illusorisch gemacht werden können, werden als Calamität von Jedem ohne Unterschied der Parteien empfunden, der überhaupt noch an die Möglichkeit friedlicher Entwicklungen glaubt. Der Wahlbezirk Debels wird in nicht allzu langer Frist zu einer Neuwahl zu berufen sein, und wir vermuten, Debels wird mit größerer Majorität, als vorher, wiedergewählt werden.“

Eine harte Ruß zu knacken. Die Statistik ist die unerbilligste Feindin der politischen und ökonomischen Lügen, und darum vom Staat auch so stiefmütterlich behandelt und von der Bourgeoisie gefürchtet, weil sie sich nicht fälschen läßt. Wie man weiß, hat die letzte Volkszählung in Deutschland den heutigen Machthabern höchst unangenehme Resultate geliefert, und speziell für Preußen der herrschenden Politik ein ebenso beschämendes als konklusives Armuthszeugniß ausgestellt, wenn man es nämlich für die Aufgabe einer Regierung hält, des Volkes Wohl zu fördern. In allen übrigen Ländern Deutschlands — außer Mecklenburg, das auch in anderer Beziehung glücklich mit Preußen konkurriert — sind die Ergebnisse der Zählung günstiger, als im „Musterstaat.“ Besonders in Sachsen, dessen jetzt 2,556,200 Einwohner betragende Bevölkerung sich seit 1840 um 849,900 E., d. h. um 49,81% (also fast 50%) oder jährlich um 1,80% (1 1/2%) vermehrt hat, während Preußen in der gleichen Zeit bloß eine Vermehrung um 34,62% oder 1,12% pro Jahr aufweist, mit anderen Worten auf je 100 Sachsen im Jahr 1840 kommen jetzt beinahe 150, hingegen auf je 100 Preußen im Jahr 1840 kommen jetzt nicht ganz 135, und, was die Bevölkerungsdichte betrifft, so hat Sachsen jetzt 9404 (1848—6277) E. auf der Quadratmeile, und die dichtestbevölkerte Provinz Preußens: das Rheinland, bloß 7354. Das sind Ziffern, die un widersprechlich beklunden, daß Preußen in wirtschaftlicher Hinsicht nicht an der Spitze Deutschlands steht, wie es prätendirt, sondern daß es weit hinter Sachsen zurück ist — eine „höfliche Thatsache“, die unsern „Nationalen“ Kopfschmerzen verursacht und um jeden Preis weggelogen oder wenigstens wegerklärt werden muß. Letzteres versucht eine im Berliner Preßbureau zurechtgemachte Notiz, (u. A. in dem „Chemnitzer Tageblatt“ abgedruckt, wo wir sie gefunden haben) welche den jatalen Ziffern durch folgende Bemerkung die Spitze abbrechen will:

„Hierbei ist indeß zu berücksichtigen, daß in Preußen die Zunahme auf größerem Raum (!) erfolgte, und, da die Volksdichtigkeit auf diesem Raum im Verhältnis zu der des Königreichs Sachsen eine viel geringere

ist, auch nur in langsamem Maße erfolgen kann.“

Die Unverschämtheit dieses Preßturlos ist wirklich zu bewundern. Um die langsamere Bevölkerungszunahme in Preußen zu einer Naturnothwendigkeit, unabhängig von den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, zu stempeln, stellt er zwei Sätze auf: 1) je größer ein Land, desto langsamer ist die Bevölkerungszunahme, und 2) je dünner die Bevölkerung, desto langsamer die Bevölkerungszunahme. Nun bedarf es aber gar keiner Fachkenntnisse, sondern nur des mäßigsten Denkvormögens, um zu zeigen, daß beide Sätze absoluter Nonsens (Unsinn) sind: Die Größe des Landes ist ganz einflußlos auf das Wachstum der Bevölkerung, und eine dünne Bevölkerung fördert dasselbe höchstens, nicht aber umgekehrt. Das Beispiel der Vereinigten Staaten gibt für beide Punkte den Ausschlag: Von allen Culturstaaten hat die Amerikanische Republik bei Weitem den größten Flächenraum und die dünnste Bevölkerung. Und doch ist in jedem Handbuch der Geographie zu lesen, daß unter allen Culturstaaten die Amerikanische Republik ihre Bevölkerung bei Weitem am Raschesten vermehrt. Wahrhaftig, für die Million Thaler, welche dem Preßbureau zur Verfügung gestellt ist, sollte es bessere Waare liefern.

Ein guter Rath. Um das Auswanderungsgiebel auf anständige Weise zu erklären, wird von der offiziellen „Provinzialkorrespondenz“ erzählt, den Bayern werde von gewissen Agenten vorgeredet, der Kaiser Wilhelm und sein braver Bruder Karl, sowie dessen Sohn, der mit „Gottes gnädiger Fügung“ gefeldmarschall Prinz Friedrich Karl, hätten große Besitzungen drüben in Amerika und nicht genügende Arbeitskräfte zu ihrer Bewirthschaftung; um diesem Mangel abzuwehren, also aus reinem Localitätsfanatismus, wanderten die behörten Leute aus der geliebten Heimath. — Statt die betr. Agenten auszuzanken, sollte die „Provinzialkorrespondenz“ darauf hinwirken, daß wahr würde, was sie sagen: wir halten das für die beste Kur des Auswanderungsgieblers.

In Versailles wird die Blutarbeit fortgesetzt. Das „Journal officiel“ zeigt an, daß die von den Kriegsgerichten zum Tode verurtheilten Kommunemitglieder Baudin und Rouillac am 6. d. M. früh in Satory hingerichtet wurden. Dieselben hatten den geistlichen Beistand zurückgewiesen. Sie fielen mit dem Rufe: „Es lebe die Kommune!“

Der Graf von Paris, — ein Entel des berühmten „Bürgerkönigs“ Louis Philipp — à la Bonaparte, Bismard und Conf. in Arbeiterfrage machend, „Verfasser“ einer erbärmlichen Sudelei über die Englischen Gewerksvereine, hatte vor Kurzem die Idee, sich auf der Popularitätsjagd — er ist nach orleanistischer Auffassung der „künftige Monarch Frankreichs“ — in verschiedene Fabriken zu begeben. Die Sache fiel aber unglücklich aus. „Zulezt“, schreibt man der „Frankfurter Zeitung“, „war er in den Spiegelfabriken von Saint-Gobi (Departement de l'Aisne) gewesen, in deren Actiengesellschaft der Herzog von Broglie (ein bekannter Orleanist) Director ist. Er war mit Broglie angekommen, welcher alle Notabilitäten zu dem Empfang des „Königs“ eingeladen hatte. Aber auch von dieser Seite war der Empfang eifrig, abstoßend. In den Fabriklocalitäten gruppirt sich die Arbeiter um den Grafen von Paris, den Chor anstimmend: „Qu'est ce que nous veut le Mecklenbourgeois, le fils de l'Allemande?“

So weit der Pariser Correspondent des Frankfurter Blatts. Daß die Arbeiter den elenden Präbendenten tüchtig anlauen ließen, war ganz in der Ordnung. Wenn sie ihn aber „Mecklenburger“, „Sohn der Deutschen“ geschimpft haben, so ist dies nur ein Beweis für die Verrohung, welche der „heilige“ Krieg auch in Frankreich zur Folge gehabt hat.

Leipzig, 11. Juli. Heute wurden die Lieberbücher von Linke und von Franz in der Expedition des „Volksstaat“ konfiszirt. Es fanden sich nur wenige Exemplare vor.

— In diesen Tagen gelangt an die französisch redenden Parteigenossen ein französisch geschriebenes Privatcircular des Generalraths in London über die Vatikanischen Intriguen. Wir bitten die Empfänger um möglichste Verbreitung der Circulare.

Warnung. Vor Zugung von deutschen Webern nach Brüssel wird hiermit gewarnt. Dortige Fabrikanten versuchen, durch Vermittlung deutscher Magistrate Weber von hier hinzulocken, um den Arbeitslohn der von ihnen beschäftigten französischen Weber herabsetzen zu können.

Aus Mainz schreibt man uns: „Vor nicht langer Zeit hatte irgend ein asiatischer Kaiser, ich glaube es war der von Japan, Krupp'sche-Mordinstrumenten-Sehnsucht, und erging sich deshalb mit seinem zahlreichen Gefolge gen Essen. In Köln angekommen fand er Hindernisse, einen Extrazug nach Essen zu bekommen. Auf Krupp's Reklamation an geeigneter Stelle hin wurde das Hinderniß in Köln, „die Zugordnung würde durch einen Extrazug geändert“, für nicht stichhaltig gefunden, und die Eisenbahn-Direction in Köln bedeutet, es müßte der

\*) „Was will bei uns der Mecklenburger, der Sohn der Deutschen?“

gewünschte Zug abgelaufen werden. So kann man Kunden zu- geföhrt bekommen, wenn man 1 Million Thaler jährlich an Nordinstrumenten zu verdienen versteht."

### Bebel's Rede in der Jesuitendebatte des Reichstags vom 17. Juni 1872.

Meine Herren, der englische Kulturhistoriker Buckle sagt in seiner berühmten Geschichte der Civilisation, daß der beste Maßstab für die Kultur eines Volkes der sei, welche Bedeutung das Volk religiösen Streitigkeiten beilege, und er geht dabei von der Ansicht aus, daß, je mehr in einem Volke religiöse Streitigkeiten vorhanden seien, um desto niedriger die Kulturstufe sei, die es einnehme. Meine Herren, ist diese Auffassung richtig — und sie ist es nach meiner Ueberzeugung — dann ist es allerdings mit dem deutschen Volke und seiner Kultur sehr traurig bestellt. Meine Herren, es werden hier in einer Session Wochen und Monate lang Sitzungen gehalten, es werden da großartige Gesetze beraten, die das Volk in die bedeutendste Mitleidenschaft führen; aber, meine Herren, bei keinem dieser Gesetze hat man es der Mühe werth gefunden, mit solcher Gründlichkeit zu Werke zu gehen als bei dieser Sache, welcher ich nach meiner Ansicht gar keine Bedeutung beilegen kann. Denn, meine Herren, dieser Religionsstreit, richtig aufgefaßt, ist nichts weiter als ein Schlingensiefel, eine Komödie, dazu bestimmt, das Volk von seinen wahren Interessen abzulenken, es glauben zu machen, daß hier wirklich in dem Streit um religiöse Dogmen sein Heil und seine Zukunft begründet liegen. Meine Herren, die religiösen Anschauungen, die politischen Institutionen und sozialen Einrichtungen eines Volkes sind jederzeit harmonisch — Eins resultirt aus dem Anderen, und wenn wir die beiden hier einander gegenüberstehenden Parteien, die auf das lebhafteste sich jetzt bekämpfen, charakterisiren wollen, dann können wir sagen, daß der Katholicismus das Prinzip der Vergangenheit, des mittelalterlichen Staat vertritt, der Protestantismus den modernen Staat. Meine Herren, wenn es den Herren von der ultramontanen Partei gelungen ist, eine größere Zahl ihrer Vertreter in den Reichstag zu bringen, dann ist ihnen das nicht möglich gewesen, weil sie bestimmte religiöse Anschauungen haben, sondern weil sie mit den religiösen Anschauungen zugleich ganz bestimmte sociale und politische Anschauungen und Grundzüge vertreten. Diese letzteren sind es auch wirklich gewesen, die ihre zahl- reiche Vertretung in diesem Reichstage möglich gemacht haben. Meine Herren, das deutsche Volk, das heißt, diejenigen Schichten des deut- schen Volkes, welche in ihrer heutigen ganzen Lebensweise mehr noch ein Produkt der mittelalterlichen Institutionen sind, haben vollständig richtig erkannt, daß in dem Liberalismus und seinen Forderungen ihr Heil nicht liegt, sie haben weder an dem gegenwärtigen Staatswesen irgend welchen Geschmack, noch an den sozialen Einrichtungen, die der heutigen Gesellschaft zu Grunde liegen. So kommt es, daß der kleine Bürger und Bauernstand, der in der Bewirtlichung der modernen Idee, in dem Prinzip des Industrialismus seinen Umrangung sieht, sich einer Seite anschließt, wo er glaubt, daß gegen diese modernen Prin- zipien ein energischer Widerstand erhoben wird. Der Protestantismus andererseits ist die eigentliche Religion des Bürgerthums, einfach, schlicht, hausbacken, gewissermaßen die Religion in Schlafrock und Pantoffeln, wie das Bürgerthum sie braucht zu seiner allmählichen Entwicklung, mit einem gewissen freibewilligen Zug und Fortschritt, den es unbedingt nöthig hat, um seine Entwicklung vollziehen zu können. Aber meine Herren, der Protestantismus steht nach meiner Ueberzeugung ebenso gut wie der Katholicismus im Widerspruch mit den modernsten Prinzipien selbst, wie mit der eigentlichen Wissenschaft. Unsere Bourgeoisie, welche alle Fortschritte auf den Gebieten der Wissenschaft ausnutzt und sich dienst- bar zu machen sucht, ist, so sehr sie sich auch den Anschein giebt, nicht weniger als religiös. Wenn ich höre, wie die Herren von der „libera- len“ Partei für die Religion eintreten und sich feierlich dagegen ver- wahren, daß sie die Religion schädigen wollen, so glaube ich zwar, daß sie letzteres nicht wollen, aber es fällt mir schwer, zu glauben, daß es ihre wirkliche innere Ueberzeugung ist. Denn ein Mann, der, wie ich schon sagte, von der großen Mehrheit dieses Hauses annehme, sich mit den For- schungen und Resultaten der neueren Wissenschaft bekannt gemacht hat, kann unmöglich noch an religiöse Dogmen glauben und wenn er es scheinbar thut, so ist es nicht immer Ueberzeugung, sondern ein Akt der Zweckmäßigkeit, dazu angethan, seine materiellen Interessen zu wahren. Unsere Bourgeoisie hat keine Religion. Wenn Sie dem Jesuitismus vorwerfen, er verstoße gegen Moral und Sitte, dann sage ich, daß das Bourgeoisie-System, das der heutigen Gesellschaft zu Grunde liegt, in noch weit höherem Maße die Moral und die Sitten untergräbt. Ist der Jesuitismus staatsgefährlich, so ist es noch mehr das moderne liberale Prinzip, welches wir, wie gesagt, in allen gesell- schaftlichen Institutionen verwirklicht sehen. Meine Herren, es ist sehr bequem und nützlich, sich auf die Religion und das religiöse Prinzip zu stellen, denn die Religion ist alle Zeit und wesentlich der Gehirne des Autoritätsprinzips gewesen, und so wenig die Bourgeoisie selbst geneigt ist, irgend eine Autorität über sich anzuerkennen, so begreift sie doch, daß die Autorität für diejenigen, die sie ausbeutet, für Diejenigen, von denen sie existirt, für Diejenigen, aus deren Körper- und Geisteskräften sie die ungeheuren Reichthümer ansammelt, das Autoritätsprinzip äußerst notwendig ist, um diese in der Unwissenheit und Halb- bildung zu erhalten.

Nach Eins! Sie sagen, der Jesuitismus habe mit dem Katholi- cismus nichts zu thun; ich sage, das ist grundfalsch, der Jesuitismus und der Katholicismus sind vollständig identisch. Der Jesuitismus besteht allerdings erst seit dreihundert Jahren, aber die Bestrebungen, die dem Jesuitismus seit dreihundert Jahren zu Grunde liegen, hat die katholische Kirche seit mehr als tausend Jahren in der großartig- sten Weise zur Geltung zu bringen gewußt. Wollen Sie bestritten, daß die Bestrebungen Gregors VII. den Bestrebungen der Jesuiten irgendwie entgegenstehen? Doch wahrhaftig nicht. Also das kirchliche Autoritätsprinzip im Staate zur Herrschaft und zur Geltung zu bringen, das hat der katholische Kirche von jeher zu Grunde gelegen, und der Jesuitismus ist weiter nichts, als der klare und bestimmte Aus- druck des katholischen Prinzips. Insofern haben die Herren im Cen- trum vollständig Recht, wenn sie sagen, ein Kampf gegen die Jesuiten ist zugleich ein Kampf gegen die katholische Kirche, und weiter Recht, wenn sie behaupten, daß dieser Kampf ein sehr erbitterter sein werde, daß die große Masse der kirchlich Gesinnten in härteste Mitleidenschaft gezogen werde. Sie sagen, Sie wollen durch dieses Gesetz den Frieden herstellen; Sie werden nicht den Frieden bekommen, sondern das Ge- gentheil, den Krieg.

Nun, meine Herren, wie steht der Staat zu diesen religiösen Wir- ten? Wenn Sie behaupten, das neue Dogma von der Unschicklichkeit habe, weil es staatsgefährlich sei, erst diesen neuesten Streit herzuge- rufen, so ist das vollständig falsch. Alle religiösen Dogmen stehen mit der gefunden Vernunft und mit der Wissenschaft in Widerspruch. (Heiterkeit.) und ein religiöses Dogma, wie das der Unschicklichkeit, welches durch einen so besonders starken Widerspruch gegen die gesunde Vernunft sich auszeichnet, müßte von Ihrem „liberalen“ Standpunkte aus Ihnen in hohem Grade willkommen sein, denn je größer die Dummheit ist, die man der Menschheit zumüthet, je mehr man damit der gefunden Vernunft ins Angesicht schlägt, um so besser; denn dann werden Tausende, die sich bisher am Gängelbände haben leiten lassen, anfangen, zu denken, und durch das Inslebenrufen eines solchen un- gegentheiligen Dogmas, wie die Unschicklichkeit, wird man das gerade Gegentheil von dem bewirken, was man glaubt. Meine Herren, dem Staate ist es vollkommen gleichgültig, ob die Jesuiten gegen die Mor- tal verstoßen oder nicht; der Staat hat allzeit verstanden wenig nach der Moral gefragt (Gelächter), und, meine Herren, der Mann, der heute an der Spitze von Deutschland steht, der Herr Reichskanzler, ist am allerwenigsten der Mann, der nach der Moral und nach kirchlichen Dogmen irgendwie fragt, wenn es seinem politischen Zwecke nicht paßt. Das hat er ja neulich selbst eingestanden, daß „politische Heuchler“ auch für ihn ein wesentlicher Faktor in seinen politischen Handlungen sei. Was den Herrn Reichskanzler reizt, ist, daß er von der katholischen Seite in politischen Dingen nicht für unschicklich angesehen wird (Hei- terkeit), daß er von ihr nicht unterstellt wird. Meine Herren, wenn die Herren im Centrum sich bereit erklärten, die politischen Bestre- bungen des Reichskanzlers zu unterstützen, ich versichere Ihnen, daß es dem Reichskanzler dann vollständig egal ist, was sie an kirchlichem Gebiete thun. (Sehr richtig!) Je reactionärer der Jesuitismus auf- treten würde, desto angenehmer würde es dem Reichskanzler sein, er würde ihn in allen seinen Bestrebungen entschieden unterstützen. Aber

da der Jesuitismus sein politisches Vorgehen bekämpft und angreift, da ist er sein Feind, und diese ganze Gesetzgebung, die hier in Frage steht, läuft nur darauf hinaus, die Jesuiten, resp. die ultramontane Partei zu einem gewissen Werkzeuge zu machen. (Sehr richtig!) Nichts weiter ist der Zweck dieser Gesetzgebung. Aber, meine Herren, daß er mit solchen für jeden denkenden Menschen klar darliegenden Absichten die Vertreter der deutschen Nation firren kann, daß die Ver- treter der deutschen Regierungen es überhaupt nur wagen durften, einen Gesetzentwurf vorzulegen wie diesen, der Sie, wenn Sie ihn an- nehmen, zu Polizeibütteln herabwürdigt, das ist ein Zeugnis, wie außerordentlich tief der Reichstag in der Achtung der verbündeten Regierungen steht, (oh! oh!) in der Achtung, die man einer Volksobervertretung zollen muß. Wähten nicht unsere Regie- rungen, daß in allen entscheidenden Fragen der Liberalismus weit mehr nach dem Willen der Regierung, als nach dem Willen Derjenigen handelt, die das Volk bilden (große Unruhe), man würde nicht ge- wagt haben, Ihnen einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Es kommt noch Eins hinzu: gerade diese Agitationen auf kirchlichem Gebiete sollen dazu dienen, das böse Obium, das auf Ihnen als Werkzeuge des Reichskanzlers lastet, den Widerspruch, der dadurch in immer weitere Kreise des Volkes geföhrt worden, auszumehren. Sie beschreiten dieses Gebiet, welches so harmlos ist, weil Sie hoffen dürfen, die große blöde Masse des Volkes wieder zu gewinnen, indem Sie ihr den Wau! Wau! der Jesuiten vorhalten. Diese sind das „rothe Gespenst“ im anderen Sinne, das an die Wand gemalt, und der beschränkten Menschheit gezeigt wird, um ihr zu sagen, wie nothwendig es sei, hier einzuschreiten und den Jesuitismus zu bekämpfen, und daß dies das Wichtigste sei, was überhaupt eine Volksobervertretung thun müsse und thun solle. Während man auf der einen Seite ein Volkrecht nach dem andern preisgegeben hat, sucht man durch die Bekämpfung des Jesuitenthums den verlorenen Credit unter der Masse wieder zu erobern, und das ist der Grund, weshalb die Liberalen, denen die religiösen Fragen ziemlich Dorn sind (Heiterkeit) und die man schmerzlich viel in den Kirchen sehen wird, weshalb diese mit solchen Eifer sich auf religiöse Fragen werfen.

Meine Herren, ich behaupte weiter, daß Niemand unter Ihnen ist, der diese Anträge gestellt und unterstützt hat, der wirklich glaubte, daß mit diesem Gesetzentwurf der Jesuitismus todgemacht werde. Es ist mir undenkbar, daß dies Jemand ernstlich glaubt. Ich stimme vollständig der Kritik bei, welche der Herr Abgeordnete Dr. Gerstner in dieser Beziehung gegeben hat; auch ich bin der Meinung, daß die dem Jesuitismus nicht unterzulegen werden, sondern im Gegentheil, Sie werden die Bestrebungen, die Sie zu bekämpfen vorgehen, nur noch unterstützen. Meine Herren, die große Masse der Menschen sind Gefühlsmenschen, wirklicher Verstand ist bei den wenigsten vorhanden. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, diese Masse ist gar zu geneigt, wenn Verfolgungen gegen Jemanden eintreten, für den Ver- folgten Partei zu ergreifen. Nicht daß man ohne Weiteres seine Mei- nung acceptirt, aber man sieht in dem Menschen einen Verfolgten, und es ist eben der gute Zug der menschlichen Natur, der den Men- schen dahin drängt, dem Verfolgten beizustehen. Aber, indem er ihm die Sympathien als Verfolgten schenkt, liegt es sehr nahe, daß er leicht dessen Anschauungen zu den seinigen macht. Auf diese Weise wird durch die Verfolgung einer Meinung nur ein größerer Kampf hervor- gerufen, die verfolgte Meinung gewinnt mehr Anhänger und man erreicht das Gegenteil von dem, was man durch die Verfolgung verhüten wollte. Auf der anderen Seite, meine Herren, bin ich der Meinung, daß unsere gegenwärtige Reichsgesetzgebung vollständig ausreicht, um sogenanntem staatsgefährlichen Treiben entgegen zu wirken. Gilt es, meine Herren, Tendenzprozesse ins Leben zu rufen, dann werden Sie an jedem beliebigen Orte in Deutschland so gut wie in Leipzig zwölf bürgerliche Geschworene und einige Richter finden, die Ihnen den schönsten Tendenzprozeß machen und den Angeklagten zu so und so viel Jahren Festung oder Zuchthaus verurtheilen. In dieser Bezie- hung ist also bereits in der bestehenden Reichsgesetzgebung vollständige Kürsorge getroffen. Und gilt es, einen Menschen herabzuwürdigen zu machen, ihn wie ein wildes Thier von Ort zu Ort zu hegen, dann ist auch dafür bereits in der Reichsgesetzgebung ausdömmlich gesorgt. Es kommt nur auf eine etwas lächerliche Interpretation an, und vor lächer- lichen Interpretationen sind die Regierungen noch zu keiner Zeit zurückge- schreckt.

Ich will Ihnen nur einen Fall erzählen, der einen klaren Beweis dafür giebt, daß meiner Behauptung gemäß in Beziehung auf die beliebige Ausweisung unliebbamer Personen das gegenwärtige Frei- zügigkeitsgesetz im deutschen Reiche einen vollständigen Anhalt bietet. In Sachsen ist ein Parteigenosse von mir, ein ge- isser Ufert, vor 1 1/2 Jahren zu sechs oder sieben Monaten Gefängniß verurtheilt worden wegen Majestätsbeleidigung und zwar des deutschen Kaisers, die er in einer Rede in der Nähe von Chemnitz bezogen haben sollte. Nachdem er diese Strafe abgesehen, scherte er zurück nach Chemnitz, natürlich nicht überzeugt von seiner Schuld, und sang von Neuem an, nach seiner Ueberzeugung als Agitator in öffentlichen Versammlungen für die sozial- demokratischen Prinzipien zu wirken. Das genügte dem Chemnitzer Stadtrat, um auf Grund des § 3 des deutschen Frei- zügigkeitsgesetzes den Mann aus Chemnitz auszuweisen. Der Mann hat sich beschwert, es hat ihm aber nichts genügt, vielmehr hat dieses Vorgehen des Chemnitzer Stadtrates in verschiedenen sächsischen Stäb- ten das bereitwilligste Entgegenkommen und Nachsicht gefunden. Herr Ufert wird für eine Versammlung in Frankenberg oder Hamichen — ich weiß das nicht mehr genau — als Redner angekündigt; noch ehe er aber dazu kommt, die Versammlung abzuhalten, tritt ihm die Polizei entgegen mit einem Ufas, daß er ausgewiesen sei. Dasselbe geschah in Wittweide, in Waldheim und an anderen Orten ganz ge- nau in derselben Weise. Endlich geht der Mann nach Dresden und agitirt dort gleichfalls für seine Ueberzeugung; da kommt die Dres- dener Polizei und weist ihn auf Grund des § 3 des Freizügigkeits- gesetzes ebenfalls aus. Er geht hinaus, läßt sich an der Grenze des Reichsbildes von Dresden nieder und beschäftigt sich als Zimmerarbeiter. Einmal Tages wird er von Parteigenossen eingeladen, an dem ent- gegengesetzten Ende des Reichsbildes eine Versammlung abzuhalten. Er benutzt die durch die Stadt gehende Eisenbahn, um dahin zu ge- langen. Kaum erfährt das die Dresdener Polizei, so werden so und so viel Mann aufgeboten, und Ufert festgehalten, weil er das Aus- weisungsdekret übertreten habe. Meine Herren, sowohl die Kreisdi- rektion wie das Ministerium des Innern haben alle diese Ausweisungsb- dekrete bestätigt.

Sie sehen also, wenn man einen Mann verfolgen will, dann sind unsere jetzt bestehenden Gesetze ganz samose Handhaben dazu. Sie können sich also auf die bestehenden Gesetze stützen bei Ihren Unter- drückungsmaßregeln; dann haben Sie wenigstens das Eine profitirt, daß Sie dem unangenehmen Obium eines Ausweisungsgesetzes entgegen, welches ja in Aller Augen immer etwas sehr Gefährliches hat.

Nun, meine Herren, soll der Jesuitismus und der Ultramontanis- mus vernichtet werden — und das ist ja auch meine Meinung — dann müssen ganz andere Mittel und Wege in Anwendung gebracht werden. Der Abgeordnete Dr. Gerstner hat bereits darauf hingewiesen, daß der Staat die wesentliche Ursache sei, daß der Jesuitismus sich jetzt so breit machen könne, wie er es thatsächlich thut. Ich sage nicht allein der Staat, sondern auch die liberalen Parteien sind daran schuld, auch die liberale Partei hat in einer unverantwortlichen Weise die Volkserziehung und Volksbildung vernachlässigt.

Meine Herren, hat das Sie 100 Millionen Thaler für Anschaf- fung von Wordwerkzeugen und zur Erhaltung stehender Armeen ver- wenden, die dazu bestimmt sind, auf Geheiß eines Einzelnen sich gegen- seitig die Köpfe einzuschlagen (Lachen), wäre es viel besser, wenn Sie diese enormen Summen zur Volksausbildung und Volksbildung ver- wenden. Aber heute ist es in unserem Staate gerade umgekehrt. Wenn das, was heute für das Militär ausgeben wird, für die Schulen auszugeben würde, wenn Sie in dieser Weise die Schulen dotiren, wenn Sie die Kirche vom Staate trennen, die Kirche aus der Schule hinauswürfen, dann würde der Erfolg sich zeigen. Der Staat muß es für seine Hauptaufgabe betrachten, für die Volksbil- dung im höchsten Maße Sorge zu tragen; dann würde es sehr bald dahin kommen, daß alle ultramontanen und kirchlichen Wählercircen und Heerden nicht mehr den geringsten Einfluß üben.

Allerdings wäre dann nicht bloß der Einfluß der Jesuiten ge- brochen, dann wäre auch der Einfluß der Protestanten und ebenso der Einfluß des Protestantentums und der Katholiken gebrochen, mit einem Worte, es würde durch ein vernünftiges Volkserziehungssystem mit den religiösen Dogmen überhaupt gebrochen werden.

Statt die Schullehrer häufig mit einem Schafhirten oder Kubshirten in materieller Beziehung auf eine Stufe zu stellen, sollten Sie diesel- ben als die bestdotirten Beamten des Staates ansehen, als die Volkser- zieher betrachten, in deren Reihen die besten Geister der Nation hin- einzuziehen und, gestützt auf die Forschungen und den Stand der heutigen Wissenschaft, eine Schule begründen, welche bis ins entfern- teste Dorf in ausdömmlicher Weise unterrichtet wird. (Se 10 Jahre vergehen, würde es mit allen pfläffischen Wählercircen aus sein. Dann, meine Herren, könnten Sie die Gelehrten in Gottes Namen prebigen lassen; es würde kein Mensch in die Kirche gehen. (Heiterkeit.) Aber, meine Herren, das vom heutigen Staate zu verlangen, wäre vergebens. Denn so gut der Staat auf dem Autoritätsprinzip steht und wesent- lich durch die Kirche als seine Hauptstütze gehalten wird, ebenso ist es auch mit dem Liberalismus. Auch Ihr Prinzip, meine Herren (nach links), ist die Autorität, denn: ist erst einmal die himmlische Autorität untergraben, dann hört natürlich auch die irdische Autorität sehr bald auf und die Folge wird sein, daß auf politischem Gebiete der Republikanismus, auf ökonomischem Gebiete der Socialismus und auf dem Gebiete, was wir jetzt das religiöse nennen, der Atheismus seine volle Wirksamkeit ausübt.

Nun, meine Herren, nach den Anschauungen, die ich über die Streitfrage habe, werden Sie begreifen, daß ich keine Lust habe, diesem Gesetze meine Zustimmung zu geben. Ebenso werden Sie aber auch begreifen, daß, wenn behauptet worden ist, der Socialismus und der Ultramontanismus seien Verbündete, dies nichts ist als eine infame Verleumdung.

Nun, meine Herren, wenn die Sozialdemokratie einfließen siegt, ist es mit dem Liberalismus und dem Ultramontanismus gleichzeitig aus. (Unruhe.)

### Zeitungschreiber.

Rümpelhunderttausend Lumpen  
Wohnen in dem großen Reich,  
Aber ach, die armen Lumpen  
Saiten keinen Nahrungszweig.

Sprach ein Staatsmann zu den Lumpen:  
„Gut Schickal thut mir leid,  
Meinen Beistand sollt Ihr haben,  
Seid Ihr mir zum Dienst bereit.“

Ihr braucht nicht zum Kampfe zu ziehen,  
Laßt die Waffen nur in Ruh',  
Einer Feder bloß bedarf es  
Und ein Tintenfaß dazu.

Ich placcire in der Presse  
Aufres Vaterlandes Cuch,  
Und dann müßt Ihr Flug belägen  
Alles Volk im großen Reich.

Ohne eigene Gedanken  
Folget meinem Wink getreu,  
Lobet Alles, was ich thue,  
Sei es immer, was es sei.“

Kaum vernahmen dies die Lumpen,  
Schrien Alle herzlich froh:  
„Du kannst Dich auf uns verlassen,  
Wir sind Lumpen comme il faut!“

Bald fand man nur Blut und Eisen  
In der ganzen Lit'atur,  
Alles Lob und alle Ehre  
Walt dem „großen Staatsmann“ nur.

Und an weißgedeckten Tafeln,  
Nobel in Glacé und Frock,  
Sitzt bei Anstern und Champagner  
Unser großes Lumpenpack.

Bei'm Verlangen nach Toasten,  
Da erbt der Eine sich,  
Und er spricht mit ernter Stimme:  
„Meine Brüder, höret mich.“

Wir sind Alle echte Lumpen,  
Doch ein Höhr'er waltet noch:  
Der uns hat so gut placiret,  
Dieser Hohe lebe hoch!“

M. K.-I. (im „Dresdener Volksboten.“)

### Den Schneidertag in Leipzig betreffend!

Alle Diejenigen, welche vom Unterzeichneten Auftrage, betreffe- den am 21. und 22. Juli d. J. in Leipzig tagenden Schneider- Congreß erhalten haben, werden ersucht, für größtmögliche und schnellste Verbreitung derselben zu wirken. Ebenso werden alle Kolle- gen ersucht, mit ganzer Kraft in ihren Kreisen für Beschickung des Schneidertages thätig zu sein: Als vorläufige Tagesordnung ist fest- gesetzt: 1) der Normal-Arbeitsstag, 2) das Konjunktionsweien und dessen schädlicher Einfluß auf unser Geschäft, 3) unsere Stellung ge- genüber der Weister-Coalition, 4) die Organisationsfrage. Alle die Tagesordnung betreffenden Zuschriften sind an Unterzeichneten, An- fragen lokaler Natur, sowie die Anmeldung der Delegirten an G. H. Adlich, Ritterstraße Nr. 43, Leipzig baldigst zu senden. Berlin, 6. Juli 1872. A. Reimann, alte Jakobstraße 6.

### Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.

Berlin. Die Bevollmächtigten muß ich bringen ersuchen, bis spätestens 15. Juli die Abrechnungen des Geldes einzusenden, da die Revision der Kasse, Bücher und Belege bevorsteht, und alsdann keine Mitglieds- schaft im Rückstand sein darf.

In Bayreuth hat sich vor einiger Zeit eine neue Mitglied- schaft gegründet, und ist A. Lauterborn, Haus Nr. 451, Bevollmächtigter, Joh. Wagner, Haus Nr. 479, Kassirer. In Leipzig ist an Stelle Bader's, um Bevollmächtigten, Jul. Beyer, Eisenbahnstraße Nr. 20, und an Stelle Jos. Ferns zum Kassirer Ernst Casper, Ritterstraße Nr. 12, gewählt. Jede in die vorgenannten Bevollmächtigten, welche auf mein letztes Schreiben noch nicht geantwortet haben ersuche, dies nun- mehr sofort zu thun, zeichne ich mit Brudergruß.

A. Reimann,

Geschäftsführer des Allg. deutschen Schneider-Verein.

Leipzig. Der allgemeine Schneidertag wird am Sonntag den 21. Juli im Lokale des Arbeiterbildungvereins und Montag d. 22 im Saale der Weisenballe abgehalten.

Collegen! Angesichts der so sehr vernachlässigten Organisation unserer Gewerkschaften ist es dringend nothwendig, endlich einmal die Gleichgültigkeit zu beiseiten und allerorts für Beschickung des Con- gresses thätig zu sein, damit eine allen Theilen rechnungstragende Or- ganisation geschaffen werde.

Ortsgruppen, welche keinen eigenen Delegirten schicken können und doch vertreten zu sein wünschen, wollen Mandate in beglaubigter Form hierher einschicken.

Selbstverständlich können nur Fachgenossen als Delegirte an den Beratungen des Congresses theilnehmen; für Freiquartiere wird gesorgt.

An den Bahnhöfen werden Mitglieder des Localcomites, an rothen Schleißen erkennlich, die ankommenden Delegirten erwarten.

Das Empfangslocal ist im Arbeiterbildungverein, Ritterstraße 43 II.

Wir ersuchen nun sämtliche Delegirte, sich gleich nach ihrer Wahl bei G. H. Adlich anzumelden, an welchen auch alle sonstigen Zuschriften und Anfragen zu richten sind.

Das Local-Comitee der Schneidergehülften.  
NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter, welche bereits Mittheilun- gen über den Schneidertag gebracht haben, ersuchen wir, auch von dieser Bekanntmachung gefälligst Notiz zu nehmen.

# Internationale Gewerkschaft der Manufaktur, Fabrik- und Handarbeiter.

**Dresden.** Am 6. Juli fand wieder eine Rat besuchte Versammlung im Gasthof zu „Stadt Bremen“ (Vorstadt Neudorf) statt, und es liegen sich viele neue Mitglieder einzeichnen. In Rücksicht auf diese Mitglieder wurde beschlossen, jeden Montag eine Gewerkschaftsversammlung in Neudorf abzuhalten. Es erfolgte die Vorlesung der Statuten, deren einzelne Paragraphen krause eingehend erläuterte, wobei er Gelegenheit nahm, auf die Notwendigkeit der Vereinigung der Arbeiter, sowie auf die Vorteile aufmerksam zu machen, welche die Gewerkschaft ihren Mitgliedern bietet. Dann ergriß Vogel das Wort und ermahnte zum irenen Festhalten an der Gewerkschaft; er gab außerdem einen Ueberblick über die Geschichte des Arbeiterstandes, dabei den Beweis führend, daß sich der heutige Arbeiter bezüglich seiner sozialen Lage wenig von dem Sklaven und Leibeigenen früherer Zeiten unterscheidet. Auch Hofmann sprach sich in diesem Sinne aus; dann machte Krause noch bekannt, daß am 3. Oktober das Stiftungsfest der Gewerkschaft gefeiert werden solle; es wurden drei Mitglieder zum Festkomitee gewählt.

# Internationale Metallarbeiter.

**Berlin.** 7. Juli. In der gestern stattgehabten außerordentlichen General-Versammlung der hiesigen Mitglieder wurde die Control-Kommission, aus nachstehenden Herren bestehend, gewählt: L. Kämmerer, Vorsitzender, Bergstraße 45; G. Karger, corresp. Sekretär, Grüner Weg 79; L. Döring, G. Wandré, P. Müller, Beisitzer.

**Dresden.** Die internationalen Gewerkschaften der Metallarbeiter werden ersucht, ihre bezüglichen Anträge für Revision des Gewerkschaftstatuts laut Beschluß der Generalversammlung in Erfurt von nun an einzusenden an den Bevollmächtigten August Biedermann, Rosengasse 15, III.

**Berlin.** Der erste deutsche Sattler-Kongress hielt am 2. und 3. d. Mts. Sitzungen. Gegenstand der Verhandlung war: „die Organisation.“ Man einigte sich dahin, einen allgemeinen Sattler-Verein zu gründen, der zunächst Deutschland und Deutsch-Oesterreich umfassen solle und dem sich alle Sattlergehilfen ohne Unterschied der politischen Parteifarbe als Mitglieder anschließen können. Zweck des Vereins ist: Vereinerung der Gehilfen zur Hebung und Förderung des Berufs, Festhaltung und Aufrechterhaltung der entsprechenden Arbeitslöhne, gründliche Regelung resp. Verbesserung des Lehrlingswesens u. ferner unentgeltliche Arbeitsvermittlung, Reise-Unterstützung, sowie Unterstützung bei einem unvermeidlichen gerechtfertigten Streik. Die Einschreibgebühren betragen 6 Sgr., der monatliche Beitrag 3 Sgr. Die Leitung des Vereins liegt dem alljährlich stattfindenden Kongress ob. Mit der sofortigen Geschäftsführung u. wird ein Ausschuss von sieben Personen und eine Control-Kommission von 3 Personen, die alle im Vorort ihren Wohnsitz haben müssen, betraut. Zum Vorort wurde für das nächste Jahr Berlin bestimmt und Herr Auer definitiv zum Vorsitzenden des Ausschusses, die Herren Berg, Zonas, Pich, Wulst, Schröder und Frey provisorisch in denselben gewählt. Der „Volksstaat“, „Volkswille“ und „Neue Sozial-Demokrat“ wurden als Vereinsorgane bestimmt. Nachdem die auswärtigen Delegierten ihren Berliner Kollegen dafür besonders gedankt, daß sie zur Einberufung des Kongresses die Initiative ergriffen haben, schließt der Vorsitzende Herr Auer mit einem dreifachen Hoch auf den neugegründeten Verein den Kongress.

**Fürth,** d. 1. Juli. Abrechnung über den Metallschläger-Strike. An Unterstützungen gingen ein von dem Ortsverein der Metallschläger in Fürth 58 fl. 27/4 fr. Ortsverein der Maschinenbauer in Fürth 3 fl. 25/4 fr. Von 5 Geisen 1 fl. Von zwei jtz.-dem. Volksversammlungen 8 fl. 12 fr. Vom Ortsverein der Drechsler in Fürth 21 fl. 24 fr. Vom Ortsverein der Schreiner 14 fl. Von der Internationalen Schneidergewerkschaft in Fürth 8 fl. Von den Metallschlägern in Lechhausen 11 fl. Von den Metallschlägern in Nürnberg 32 fl. 6 fr. Von der Intern. Schreiner in Fürth 1 fl. 30 fr. Von Hrn. Remminger 1 fl. 45 fr. Von Hrn. Rothlauf 30 fr. Von der Schneidergewerkschaft in Regensburg 7 fl. Vom Generalrat der Maschinenbauer in Berlin 525 fl. Von demselben 437 fl. 30 fr. Von demselben 43 fl. 45 fr. Von Pfeifer 39 fr. Vom Intern. Arbeiterbildungsverein Genf 16 fl. 40 fr.

Borschuweise haben wir erhalten: Von dem Maschinenbauortsverein 10 fl. Vom Ortsverband 56 fl. Von der Sparkasse 7 fl. Summa 1254 fl. 54 fr.

Von diesem Geld wurden 144 Gehilfen und 82 Einlegertinnen 3 Wochen lang unterstützt mit 1207 fl. 21 fr. 44 fl. 46 fr. wurden verrechnet als anderweitige Ausgaben.

Wir danken allen Gebeten für die reichliche Unterstützung freundschaftlich und geben die Versicherung, nach besten Kräften für die Emancipation der Arbeiterklasse wirken zu wollen.

Am Auftrag des Strike-Komitee.  
H. Hein. G. Raier. D. Kiesel.

**Offen,** 10. Juli. Zum Strike der Bergleute. Vier Wochen sind nun bald zu Ende und die Arbeitseinstellung ist heute noch so total, wie am ersten Tage. Alle Versuche, die Bergleute zur Untertreibung zu verleiten, sind bis heute völlig gescheitert. Die Leute stehen fest wie ein Mann und alle Versammlungen sind stark besucht. Die verbreiteten falschen Gerüchte werden in den Versammlungen zum allgemeinen Ergötzen vorgetragen. Jeden Tag werden von der lägerischen Presse sowohl wie von gekauften Subjekten solche falsche Gerüchte verbreitet. So werden z. B. Bergleute gemeldet, um durch Stadt und Land zu ziehen und zu rufen: „Victoria! wir haben gesiegt!“ und wenn die Bergleute in den Versammlungen erscheinen, so hören sie, daß Alles gelogen ist. Unter Anderem hat man auch das Gerücht verbreitet, das Komitee habe sein Mandat niedergelegt, und so gibt es jeden Tag etwas Neues. Zu solchen Mitteln greifen unsere Gegner. Auch schickt man Leute von Haus zu Haus, die jedem Bergmann, der in dieser Streizeit arbeiten wolle, zwei Thaler pro Schicht versprechen; aber sehr Wenige geben auf diesen Reim und wollen den Judaslohn. Den Komiteemitgliedern hat man den Vorschlag gemacht, ihr Mandat niederzulegen und es in die Hände des Knappschafsvorstandes zu legen; aber das Komitee ist darauf nicht eingegangen. Was kommen, was da will, das Komitee hält fest. Wie meine Parteigenossen wohl wissen, sind die Herren Arbeitgeber bei einem ausgebrochenen Strike gleich bei der Hand, den Arbeitern öffentlich in den Zeitungen die Abkehr anzubieten, so auch in Offen. Nun sind sehr viele hingegangen, die ihre Abkehr haben wollten; aber die Herren waren auf einmal anderer Meinung geworden — Sie geben Niemandem die Abkehr während des Strikes. — Herr Krupp hat seinen Bergleuten die Consumantial geschlossen und auch auf den umliegenden Dörfern, z. B. in Stoppenberg und Vorbeck, wo aus vielen Zechen Consumantialien sind. Bei den Consumantialien der Bergleute ist nun das Schlimme, daß dort Alles auf Borg genommen wird und der Betrag der entnommenen Waare den Bergleuten dann jeden Mo. at vom Lohne abgezogen wird. Sehr häufig kommt es dann vor, daß der Bergmann am Lohnstage nichts mehr in die Hand bekommt. Nun kann sich Jeder einen Begriff davon machen, wie es Dem zu Muthe ist, der den ganzen Monat in den ungelunden Gruben gearbeitet hat und am Lohnstage keinen Pfennig Geld bekommt. Man hat doch mehr Bedürfnisse zu befriedigen, als bloß das des Essens. Der Mann muß ja verzweifeln, wenn er nicht einmal 5 Sgr. des Sonntags hat, um mit Frau und Kindern ein Glas Bier zu trinken. Und doch schreibt man noch, der Bergmann hätte hier keine Noth gehabt, es sei „Uebermuth“, daß er die Arbeit eingestellt habe. Aber die Herren möchten doch einmal zu dem Beamten hingehen, der jeden Monat die Löhne auszugeben hat, und sie werden sehen, daß Hunderte von Fällen vorkommen, wie der oben erzählte. Aber gemacht, Ihr Herren, die Offener Bergleute werden sich nicht provozieren lassen, zu Gewaltthatigkeiten überzugehen, damit Auer bereit gehaltenes Militär einschreiten könnte. — Wie verlautet, will Herr Krupp seine beiden Zechen an eine belgische Gesellschaft verkaufen. Wenn das wahr ist, dann kommen wir bald zum Ziele.

**Offen.** Den Fortschrittswort und Fabrikant Friedrich Harfort, einen kundlich gemordeten Kreis, lassen Krupp's Vorberer nicht ruhen; in der „Weißhollischen Zeitung“ veröffentlicht auch er eine Proklamation, welche also lautet:  
„Trotz aller eingeschlagenen Bedenken haben die Liberalen das Recht der Coalition für die Arbeiter erungen, (Dafür soll man den „Liberalen“ wohl noch Fußfalle machen?) allein diese haben keines-

wegs das in sie gesetzte Vertrauen geschäftfertig, sondern umgekehrt den Verführern ihr Ohr geliehen, nicht allein zum eigenen Schaden, sondern auch zum Nachtheil der größten Bevölkerung. Greifen wir als Beispiel die Wohnungsnoth und deren Ursache! Steigern die Bauarbeiter ihre Löhne über Gebühr, so steigt die Miete nicht allein für sie, sondern auch für die ganze Bevölkerung. (An der hohen Miete sollen also — nach Harfort — statt des Grund- und Boden-Monopols der Häuserbesitzer lediglich die gesteigerten Löhne der Bauarbeiter Schuld sein!) Es wird im Verhältnis weniger gebaut, („Im Verhältnis“ zu was? Im Verhältnis zu früheren Zeiten? Es wird jetzt durchaus nicht weniger als sonst gebaut. Daß die Wohnungsnoth in großen Städten trotzdem immer größer wird, rührt daher, daß fallrunder Luxuswohnungen und wenig Arbeiterhäuser gebaut werden.) Das Kapital will verzinst sein und zieht sich zurück, denn wenn die Industrie lahm gelegt, so sinkt der Häuserwerth. (Obgleich „die Miete für die ganze Bevölkerung steigt!“) Die großen Werke finden sich nicht ermutigt, Wohnungen für Arbeiter zu schaffen, (Daß die von Arbeitgebern erbauten Arbeiterwohnungen nur den Zweck haben, den industriellen Sklaven an die Scholle zu binden — denn wenn er streikt, wird er aus der Wohnung hinausgeworfen — ist außer allem Zweifel) die jeden Augenblick bereit sind, durch unangemessene Forderungen die Fabrik oder Grube still zu legen.

„Unsere Arbeiter im Westen stehen sich ungleich besser in Befriedigung wahrer und angewöhnter Bedürfnisse als die des Ostens, und die Bergleute vertrauen wenig Verstand, wenn sie einen Mitarbeiter zu ihrem Sprecher wählen, der in einem Jahre 500 Thlr. Schichtlohn bezog und dennoch den Agitator spielt, und einen anderen, der in 25 Schichten 45 Thlr. erhielt! (Im Gegentheil! Sie verrathen viel „Verstand“, wenn sie jemanden als „Agitator“ nehmen, welcher sagen kann: „Ich habe zwar 500 Thaler Einkommen, aber meine 30,000 Kollegen nicht.“) Man gehe doch auf die Wochenmärkte und sehe, wie ihre Frauen die besten Nahrungsmittel kaufen. (Sonst spricht man immer von „Reid und Mangel der Besitzlosen gegen die Besitzenden!“ Herr Harfort, der Besenbesitzer, gönnt den Besitzlosen nicht einmal die „besten Nahrungsmittel“, als ob nicht jeder Mensch auf dieselben vollen Anspruch hätte!) Einen schlagenden Beweis liefern die Spartassen des Regierungsbezirks Arnberg, die 18 Millionen Thaler enthalten, (Die 18 Millionen Thaler, die in den Spartassen des Regierungsbezirks Arnberg liegen, beweisen absolut nichts, da wir nicht wissen, wieviel davon den Arbeitern und wie viel den Kleinblüchern gehört.) darunter die Spartasse der Stadt Dortmund mit 2 Millionen Thaler; Weiser, Gesellen, Fabrikarbeiter, Berg- und Hüttenarbeiter und Diensthöten legen die Hälfte ein, darunter die Berg- und Hüttenarbeiter allein 446,000 Thlr.! Wer solche Ersparnisse machen kann, darf nicht über Mangel klagen! (446,000 Thaler von 30,000 Berg- und Hüttenleuten deponirt, ergiebt circa 15 Thlr. pro Mann. „Wer solche Ersparnisse machen kann, darf nicht über Mangel klagen!“????) Außerdem bestehen die Knappschafsstassen zur Unterstützung der Invaliden, Wittwen und Kranken; für keinen anderen Stand ist so vielseitig gesorgt. (Der Halbmillionär Harfort will wohl für seinen Stand auch „Invalidenstassen haben?“) Wie schade, daß der arme Mann nicht Arbeiter werden kann! — Vor einigen Jahren wanderten hiesige Bergleute übermüthig nach Rußland aus, (Vielmehr durch gewissenlose Bourgeois-Agenten verleitet.) um dort im Glend zu verkommen. Da schenkte unsere Gewerke die Gelder zur Heimkehr großmüthig (Von „Großmuth“ kann keine Rede sein. Wenn die „Gewerke“ wirklich das Heilegeiz vorgehoben haben, so thaten sie es; weil sie die Arbeiter notwendig brauchten.) zusammen: ist das jeweilige Betragen vielleicht der Dank und Heimzahlung des Borschußes? — Der Arbeiter muß menschenwürdig leben können, predigen die Verführer. In den Kneipen liegen (Sind die Bourgeoisneipen etwa leer, wenn sich die Arbeiterneipen füllen?) Bier und Brauntwein in Masse vertilgen, (Ist das schlimmer, als Soma! so theuren Wein trinken?) raufen, (Memento Aufschrei!) mit Messern strechen und bummeln, ist das ein menschenwürdiges Dasein? — Der Arbeiterstand ist theilweise auf dem Wege, durch Rohheit zu verwildern. Der Uebermuth wird über kurz oder lang eine Krisis herbeiführen, die nicht allein den Schuldigen, sondern auch den Unschuldigen trifft. Mögen die Männer der Pflicht und der Standesehre sich vereinen, um dem Unfuge kräftig entgegen zu treten!

**Friedrich Harfort.**  
Wir haben — nachdem wir unsere Detail-Bemerkungen in Klammern in die Proklamation gleich eingefügt — nur wenig dem Ganzen hinzuzufügen. Daß sich selbst die Fortschrittspartei dieses von einem ihrer Haupttritter begangenen Blödsinns schämt, beweist die Thatsache, daß die „Volkszeitung“, welche sonst die Fesseln Harforts (namentlich die Wahlaufrufe) wie Propagendaverbindungen verberichtet, nur auszüge aus Obigen brachte, keineswegs den vollständigen Text. Die Fortschrittspartei mag sich wohl bei dieser Hauptleistung ihres esant terrible gedacht haben: „Gott beschütze uns meistens vor unsern Freunden, — mit unsern Feinden werden wir so wie so nicht fertig.“

**Dortmund.** Am 31. Juni hielt der hiesige Verein technischer Grubenbeamten eine jährlich besuchte Versammlung ab, in der folgende Resolution angenommen wurde:

1. Vor dem Ausbruch des Essener Strikes ist eine allgemeine Unzufriedenheit mit den Löhnen nicht zu konstatiren gewesen.
2. Die Arbeiterbewegung ist nicht direkt aus den Arbeitern selbst hervorgegangen.
3. Sämmtliche Beamten verpflichten sich, während der Dauer der Arbeiterbewegung keine Arbeiter anzunehmen, welche in letzter Zeit aus irgend einer Grube des Oberbergamtsbezirks Dortmund gearbeite haben.

Die Arbeitgeber wollen einfach nicht begreifen, daß die ganze Arbeiterbewegung ein Produkt der Klassenlage ist; und grade die Einnüchtheit und Hartnäckigkeit, mit der die Essener Bergleute den Strike führen, beweist am besten, daß die Verhältnisse und keine Agitation den Strike provoziert.

**Zolingen.** 7. Juli. Gestern Abend hatten die hiesigen Parteigenossen eine Volksversammlung anderaunt; Tages-Ordnung: I. Die deutschen Sozial-Demokraten und ihre Gegner, mit besonderer Berücksichtigung der heutigen Tagespresse. Referent: Pieper-Hamburg. II. Wer lebt von den Fingern der Arbeiter? Referent: Lichtenberg von hier.

Die Polizei hatte „in Anbetracht der Aufregung, welche seit einiger Zeit unter den hiesigen Arbeitern herrscht“, „scharfe Vorhutsmaßregeln“ getroffen, um eine etwaige „Empörung“ gewaltsam zu unterdrücken. Da das Gerücht umging, daß der Polizei-Commissar den strengsten Befehl hätte, bei der geringsten Veranlassung die Versammlung aufzulösen, so verjagte Pieper, um eine allmähliche Auflösung zu verhüten, zu Gunsten Lichtenbergs vorläufig auf das Wort, so daß der 2. Punkt als erster auf die Tagesordnung kam. Lichtenberg und Giesler referirten über denselben unter lauten Beifallsbezeugungen der Versammlung. Hierauf ergriß Pieper das Wort. Sobald derselbe die Tribüne bestieg, erhob sich der anwesende Polizei-Commissar von seinem Sitz dahin durch die Menschenmenge verdeckt sich und sagte vor derselben Posto, jedes Wort, jede Bewegung des Redners mit Augen und Ohren zu beobachten.

Wir ahnten bereits, was kommen würde! Redner behandelte in seinem Referat hauptsächlich die Tagespresse. In der vorigen Woche hatte ein anonymes Schreiben einen Artikel in das hiesige Kreis-Intelligenzblatt zum Abdruck gelangen lassen, welcher voll Verleumdungen und Schmähungen gegen die Sozial-Demokraten war. Als Pieper hierauf eine kurze Erwiderung im genannten Blatte verlangte, erklärte ihm der Redakteur desselben, er würde sie nicht aufnehmen. Dieses Verhalten gefiel nun der Redner unter den stürmischsten Beifallsbezeugungen der Versammlung, indem er betonte, daß es selbst dem gemeinsten Verbrecher gestattet sei, sich unbeschränkt zu vertheidigen. Das Verhalten des Schreibers des erwähnten Schmähartikels und des betreffenden Redakteurs könne daher gar nicht genug gebührend werden! In diesem Moment wurde die Versammlung von dem Polizei-Commissar plötzlich aufgelöst! Die Versammlung brach in laute Unmuthbezeugungen aus; allein, da sich belanulich in solchen Fällen momentan nicht gegen behördliche Willkür ausrichten läßt, so ermahnte der Vorsitzende Lichtenberg die Versammlung zum friedlichen Auseinandergehen, und ist es Letzterem zu verbanken, wenn die anwesenden Kaufleute und Fabrikanten

trotz ihrer Provokationen an diesem Abend mit heiler Haut davon kamen. Die Fortsetzung des angefangenen Referats findet am Samstag, den 13. d. Mts., statt; wir brauchen wohl nicht mehr zu erwähnen, daß Maßregelungen, wie die hier geschilderten, nur geeignet sind, die Arbeiter-Battalione in immer fester geschlossenem Stiecken hinter uns zu bekommen.

Gruf und Handschlag  
Carl v. Giesler.

**Burgsteinfurt.** Cigarrenarbeiter-Strike. Collegen! Wir sind durch den Uebermuth unserer Fabrikanten ohne unsere Schuld von der Arbeit ausgegeschlossen worden, weil wir tren zum Allg. Deutschen Tabak- und Cigarrenarbeiter-Verein halten. Der Sachverhalt ist folgender: Es sind am hiesigen Orte außer den Cigarrenarbeitern eine Anzahl Tabakarbeiter, an 50 Mann, welche bisher unsern Verein fern standen; dieselben erhielten einen Tagelohn von 13 Sgr.; da sie mit solchem spärlichen Verdienst nicht mehr bestehen und leben konnten, so verlangten sie eine Lohnerhöhung von 2 Sgr. pro Tag.

Collegen! Es wurde ihnen dies abgelehnt und dagegen Akkord-Arbeit angeboten; da sie aber hierbei noch weniger verdient hätten, als früher, so konnten sie es nicht annehmen. Hierauf wandten sie sich an uns mit der Bitte, ihnen auseinander zu legen, welche Prinzipien und welchen Zweck unser Verein verfolge. Das geschah in einer auf Sonnabend, den 29. Juni anderaunten Versammlung. Sofort erklärten sich 30 Mann zum Eintritt bereit, und wurde auf Dienstag, den 2. d. Mts., Abends, eine weitere Versammlung festgesetzt zur Aufnahme der neuen Mitglieder. Doch was geschiedt von Seiten unserer Fabrikanten? Am Montag, d. 1. d. Mts., unterbreiten die Herren Rotmann den Tabakarbeitern eine Schrift, welche folgendermaßen lautet:  
„Wir Endesunterzeichnete verpflichten uns, gegen 10 Thlr. Strafe, so lange wir in der Fabrik bei H. Rotmann arbeiten, keinem Tabakarbeiter-Verein, noch irgend einem andern ähnlichen Arbeitervereine uns anschließen zu wollen.“

Noch unerfahren in der Arbeiterbewegung, wurden Jene bis auf 2 Mann gezwungen, zu unterschreiben. — Hierauf hielten wir, nicht Dienstag, sondern Montag, den 1. Juli eine Versammlung ab und wurde einstimmig ausgesprochen, daß dieses Vorgehen der Herren Fabrikanten ein Gewaltakt gegen unsern Verein und dessen Prinzipien sei.

Es wurde ein Comité von 5 Mann gewählt, um mit dem Herrn Rotmann Rücksprache zu nehmen. Dies geschah am folgenden Morgen. Das Comité forderte die Herren auf, den Gewaltakt zurückzunehmen, um die Ehre unsern Vereins zu wahren.

Nach längerer Debatte erklärten die Herren, es sei ein „schwerer Frevel“, uns für Leute zu interessieren, die unsern Verein gar nicht angehörten. Wir antworteten, die Leute seien zu uns gekommen, um sich mit uns zu vereinigen, deshalb hielten wir es für unsere heilige Pflicht, einen solchen Gewaltakt nicht gegen unsern Verein ausüben zu lassen. Die Antwort war, daß diese Forderung nicht erfüllt und im Gegentheil, beim ersten Vorgehen unsererseits ebenso, wie beabsichtigt, verfahren werden solle. Wir erklärten, daß wir es an unsere Vereinsbehörde verziehen und derselben die Sache anheimstellen würden; damit war den Herren nicht gebiet und die Nacht wurde 1/2 Stunde später von den Fabrikherren geschlossen. Wir erklärten, daß wir nicht beabsichtigt hätten, einen Strike zu beginnen; da uns aber der Handschlag hingeworfen sei, müsse er vor uns aufgenommen werden, zur Ehre des Allg. Deutschen Tabakarbeiter-Vereins.

Collegen! Ihr seht, wir sind gezwungen worden zu diesem Kampfe. Wir werden denselben durchzuführen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Darum seid für uns und mit uns, denn wir sind aussehend, das erste Opfer des Fabrikanten-Vereins zu werden; doch werden wir festhalten wie Männer und nicht zittern in der Gefahr. Also laßt uns nicht unterliegen, denn mit diesem Vertrauen gehen wir in den Kampf. Wir rufen Euch zu: was wir hier ertingen, ertingen wir für Euch; denn es ist um keine Arbeitsloherhöhung, es ist um unsern Verein selbst zu thun. Laßt Ihr uns fallen, verfallt Ihr dem Fabrikanten-Bund zum Spott und Hohn, und dann Wehe über Euch! Es ist noch zu bemerken, daß diese Herren Fabrikanten Mitglieder des Fabrikanten-Vereins sind.

Mit Brudergruß  
Das Strike-Komitee:

K. Lupp, Bevollmächtigter. A. Klein, Vorsitzender. P. Kupper, Kassirer. B. Feld. M. Rehlhausen. P. Koldorf. J. Herzberger. J. Ahring.

Schnelle Hilfe thut noth. Briefe u. f. w. sind zu senden an P. Kupper, Burgsteinfurt in Westfalen.

**Pforzheim.** Die Artikel in Nr. 25 und 26 der „Concordia“ über den „Volksstaat“ bestimmen uns, den Parteigenossen über theils Bergangenes etwas mitzutheilen: An einem Abend des verfloffenen Winters war die hiesige Arbeiterbildungsvereinshalle freundlichst dem Herrn Pfarrer und Dr. Schuster aus Karlsruhe zu einem Vortrag geöffnet. Dieser sehr thätige christlich-soziale Agitator hielt nun vor circa 300 Leuten einen jenseitig radikal angelegten Vortrag, in welchem er die tief eingetragene Korruption der verschiedenen Klassen, sowie die von ihm anerkannte jämmerliche Lage vieler Arbeiter u. f. w. dem alles überwuchernden Egoismus zur Last legte. Sein Rezept zur Besserung hieß „Einpflanzung der christlichen Liebe“. Es wurde ihm von unsern Parteigenossen genügend heimgeleuchtet. Wie diese Herren die „christliche Liebe“ auffassen, geht aus dem Schlufjah obengenannten „Concordia“-Artikels unbedeutbar hervor. „Die Parole gegen die Sozialdemokratie, ganz insbesondere die vom „Volksstaat“, lautet: „Kampf auf Tod und Leben.“

Herr Dr. Schuster hat hier die „Concordia“ bringend als sein Parteiorgan empfohlen. Ob nun er selbst oder ein anderer christlich lebender Genosse jene inquisitionsjüchtigen, mit S. gezeichneten Denunziationsartikel verfertigte, — möge ihnen nur überal, wo sie aufstauen, dieses Liebesprodukt gehörig aufgetrichen werden.

Herr A. Wittum, früherer Vorsitzender des Arbeiterbundes, steht noch Vorstand des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, fand zu obengedachter Zeit Gelegenheit, seine innige Weitschmerzhaftigkeit mit den Christlich-Lebenden dadurch zu bekunden, daß er eine Resolution, welche auf dem Constanzener Arbeiterbundtag gegen Jene losgelassen wurde, desavouirte. Dabei passirte ihm das Maßlein, daß er wörtlich sagte: „Als wir Verräther“ — statt Vertreter — „des Arbeiterbundes in Constanz beisammen waren“, was unter großer Heiterkeit und ohne Widerspruch angenommen wurde. Seinerzeit hat dieser Herr Wittum dem „Sozialdemokrat“ Schweigers als eifrigem Gesinnungsgenosse hier Boden zu verschaffen gewußt, und heute noch ist er in wichtigen Punkten getreu „Schweigerlich“. — Doch verband er es, sich in eine hoffnungreiche Stellung hineinzuwärmen; seither bemüht er sich ausfällig, den Genosser der Sozialdemokratie zu spielen. — Es wird von einigen Leuten mit allen Mitteln gegen uns gehet, und vor Allen auch die dümmsten Polizeiarbeiter gegen uns als frische Waare ab- und umgeschrien. — Meinade täglich erstreuen wir uns in der Presse einer Aufmerksamkeit, welche unsre Sache höchstschädlich fördert. — Bereits haben es unsere Gegner soweit gebracht, daß selbst der vor kurzer Zeit noch sehr verehrte Herr Wittum von den Arbeitern nicht mehr angehört wird, und daß ihre Nachwecke nur noch anonym anbringen sind, trotzdem sie besonders polizeilich große Vorteile gegen uns haben.

Als Werkwürdigkeit diene noch zur Mittheilung, daß der „diverse Anti-Bebel-Vielnechts-Vereinsgründer“ Moritz Müller sen. in den letzten 14 Tagen keine Fußstich von Stapel gelassen hat.

**Hfelingen.** Die Landesversammlung der schwebischen Sozialdemokraten vom 30. Juni d. J. verlief glänzend und gab den Beweis, daß das Schwere hierüber vorhanden. Es ist für die Arbeiterbewegung ein richtiges Verdienst vorhanden und dadurch maßlich geworden, sie in Fluß zu bringen. Wenn der Kern, der sich bis jetzt um unsere Fahne geschaart, nur halbwegs die Pflichten, welche die Partei uns auferlegt, erfüllt, so wird die Bewegung in kurzer Zeit so expandirt sein, um uns den Parteigenossen Norddeutschlands ebenbürtig an die Seite stellen zu können.

In Anbetracht unserer Zustände und des geringen Erfolgs, welchen wir in Schwaben bis in jüngster Zeit aufzuweisen hatten, muß namentlich in Betracht gezogen werden, daß wir durch unsere geographische Lage dem Heerd der Bewegung ganz entrückt waren und die Bevormundung unserer Schulgelehrten Arbeiterbildungsvereine durch unsere Bourgeoispartei denart war, daß für 100,000 der verschiedenen Vereinsmitglieder die soziale Frage ein böhmischer Dorf vorfiel. Kein Mensch beschäftigte sich mit den Studium sozialer Zustände, unsere Bibliotheken enthielten in dieser Beziehung nichts als literarischen Schund; von Werken sozialistischer Schriftsteller, Werken von wirklich nationalsteno-

mischer Bedeutung keine Spur; nicht einmal dem Namen nach waren sie gekannt. Täglich geschulte Agitatoren fehlten uns; abgesehen von den Agitationen Debel's und H. Scheu's waren wir ganz auf unsere eigenen geringen Kräfte angewiesen, wir mußten Lehrer und Schüler zugleich sein. Was Wunder also, wenn unser Erfolg nur klein war? Aber es ist wenigstens ein Erfolg, wir sind doch vorwärts gekommen, durch alle Schwierigkeiten haben wir uns hindurch gearbeitet, so daß wir sagen können, die schwierigste Arbeit liegt hinter uns. Der Boden ist gepflügt, jetzt handelt es sich um's Säen, daher die Abhaltung der Landesversammlung. Die Parteigenossen mußten allerorts zu dem Bewußtsein gebracht werden, daß die Partei bei uns den Boden nicht verloren hat, daß die durch den Krieg unterbrochene Fühlung wieder hergestellt und eine kräftige Organisation geschaffen werden müsse, um für die Ausbreitung unserer Prinzipien in geregelter Weise wirken zu können.

Der Bericht möge konstatieren, in wie weit uns dies gelungen. In der Vormittags-Versammlung waren 24 Delegirte von 20 Vereinen, darunter 6 Gewerksvereine, anwesend und zwar aus Allen, Wasserfallingen, Göppingen, Tübingen, Reutlingen, Weisingen, Hall, Gmünd, Rottweil, Pforzheim, Stuttgart, Eßlingen. Es wurde beschlossen, das seitherige Landesagitationskomitee aufzulösen und ähnlich wie in Norddeutschland, laut Beschluß des Dresdener Kongresses, soll jeder Verein die Agitation in seiner nächsten Umgebung betreiben; zu gehöriger Regelung des Ganzen wurde ein Vorort, diesmal Eßlingen, gewählt.

Die auf die Beratungen folgende Volksversammlung begann nachmittags 1/2 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stand: 1) Die soziale Frage, Referent Knorrek (Eßlingen); 2) Stellung der Arbeiter zu den verschiedenen Wahlen. Referent Burckhardt (Stuttgart); 3) Gewerkschaften resp. Gewerksunion. Referent Morloch aus Eßlingen und Oeser (Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Verein) aus Stuttgart.

Keiner der 3 Punkte fand, trotz wiederholter Aufforderung an etwa anwesende Gegner, Belämpfung und nahm die aus mindestens 600 Personen bestehende Versammlung nachstehende Resolutionen fast einstimmig an.

Zu Punkt I.  
„Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit dem Programm der sozialdemokratischen Partei vollkommen einverstanden und dieselbe in geistiger und materieller Hinsicht mit aller Energie zu unterstützen. Ferner erklärt sie, für Erreichung kürzerer Wähltag und zeitgemäßer Lohnhöhung bei normaler Arbeitszeit mit ganzer Kraft einzutreten.“

Zu Punkt II.  
„Die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten empfiehlt dem Arbeiterhande mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung des unbeschränkten, allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts mit Wahlen für die Wahlen zum Reichstage, zu den Landtagen der einzelnen Staaten und der Gemeindevertretungen zu agitieren und nur solchen Kandidaten seine Stimme zu geben, die das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anerkennen.“

Zu Punkt III.  
„Nur durch Massenvereinerung sind die Arbeiter im Stande, dem Druck und der Forderung des Kapitals wirksam entgegenzutreten und beschließt daher die heutige Volksversammlung für die Gründung von internationalen Gewerkschaften, wie solche aus dem Erfurter Kongress vereinbart, mit aller Entschiedenheit einzutreten.“

Eine zu Gunsten der Vermögensregeln und Inhaftierten veranstaltete Sammlung ergab 21 fl. 42 kr.

Mitglieder des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ waren von Stuttgart aus zahlreich anwesend und auch durch Delegirte vertreten. Die ohne irgend welchen Widerspruch von ihrer Seite vereint mit uns gefassten Resolutionen haben gezeigt, daß die Einigung über kurz oder lang erfolgen muß und die Führerwirtschaft einfach über den Haufen geworfen und die Hebeten unterbleiben müssen, wenn etwas Ersprießliches erreicht werden soll.

Aus Leipzig kam ein Telegramm, und aus Nürnberg eine warme Zuschrift der dortigen Parteigenossen. Beides wurde auf's Freudigste von der Versammlung begrüßt. Nach Schluß der Volksversammlung traten die Delegirten nochmals zusammen, um die Beschlüsse des Kongresses in Mainz zu besprechen. Das Resultat war, daß zwei Delegirte in Vorschlag gebracht und abgelehnt werden sollen; vorgeschlagen wurden Burckhardt (Stuttgart) und Morloch (Eßlingen).

Wir glauben die Ueberzeugung ausdrücken zu dürfen, daß durch diesen Tag unsere Sache in Schwaben gesichert ist! Dreizeh ist geschlossen, jetzt gilt es, mit unermüdlicher Thätigkeit jene so zu erweitern, daß uns der Sieg zufließen muß. Parteigenossen, Arbeiter Schwabens! Thut Euerer Schuldigkeit! Nieher mit den Privilegien, nieher mit der Klassenherrschaft! „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“, das sei unsere Losung und Eintritt in den großen Bund der Proletarier aller Länder unser Streben.

Es lebe die Sozialdemokratie!  
Eßlingen. Unser Vertrauensmann A. Knorrek ist nach Böhmen abgereist, ein anderer ist noch nicht erwählt; wir bitten daher, etwaige Korrespondenz einzuweisen an A. Mangold, Strohgasse 36, Filial-Expedition, zu führen.

Ronneburg.\*) Maßregelung. Die Verfolgung unserer Partei ist eine Thatfache, die wohl bekannt sein dürfte; sie ist seit dem Leipziger Hochverratsprozeß beständig im Wachsen. Unsere Widerfacher glauben auf diese Weise den Muth der Parteimitglieder zu lähmen, und sie am ehesten zum Schweigen zu bringen, indem man ihnen die Erläuterung untergräbt. Folgender Vorgang dürfte einen neuen Beweis dafür liefern:

Parteigenosse Schmidt hier, einer der Ersten und Rührigsten für unsere Sache, ein Mann von nahezu 60 Jahren, war seit einer langen Reihe von Jahren bei der Direktion der Eßnig-Verker Eisenbahngesellschaft als Bureau-Diener beschäftigt, und die dort angestellten Beamten werden ihm wohl nur das Zeugnis eines in seinem Dienste pünktlichen und ehrlichen Mannes ausstellen können. Nichtsdestoweniger ist ihm seine Stelle gekündigt worden, nachdem er den Zumuthungen, „aus der Partei auszuscheiden, für dieselbe nicht mehr zu wirken“, nicht Folge geleistet hat.

In letzter Zeit ist ihm die Alternative gestellt worden, entweder formell seinen Austritt zu erklären, oder seine Stelle zu verlieren. — Er hat das Letztere gewählt; er wollte kein Aposat sein. Es wurde ihm spöttisch gesagt, er möge doch nur zu seiner Partei gehen. Parteigenossen! Wir werden den Hohn der Gegner zu Schanden machen. Im Vertrauen auf die, allerdings schon oft in Anspruch genommene, aber eben auch so treu sich bewahrende Opferwilligkeit unserer Parteimitglieder, wenden wir uns nun an dieselben, dazu beizutragen, unserm Schmidt die Wiederaufnahme seines früheren Geschäftes (dieselbe ist Schuhmacher) zu ermöglichen. Wenn je es Einer verdient, so ist es derselbe; allerdings war sein Wirken ein mehr lokales — aber für dasselbe spricht seine Entlassung. Zeigen wir nun durch die That, daß wir solche glänzende Hingabe an unsere Sache zu würdigen wissen, damit nicht gesagt werden könne, wir seien eine Partei ohne stützende Prinzipien, wir liegen in jeter Kämpfer im Stich!

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Aufnahme gebeten. Um nähere Auskunft x. wende man sich an die Unterzeichneten.

Der sozialdemokratische Volksverein.  
August Seebald, Vorort in er, Friedrichshalde; Eduard Wäcker, Schriftführer, Hebergärten 662.

Briefe u. s. w. wolle man gefälligst an den Volksverein, resp. dessen Kassier, Fuchs, Erdgasse, senden.

Lüneburg, den 30. Juni. Die heute hier von dem Arbeiterbildungsverein veranstaltete Mitgliederversammlung der beiden bisher bestehenden Vereine, welche zum Zweck hatte, eine neue Organisation zu Gunsten der Partei zu gründen, war auch von auswärtigen Parteigenossen sehr zahlreich besucht. Zuerst wurden auf Wunsch der Redigab der Anwesenden die Umstände dargelegt, wodurch die Zersplitterung herbeigeführt worden war; es entwand aber eine sehr hitzige Debatte, die zu keinem besonderen Resultat führte.

Es wurde ein Antrag eingebracht: 1) daß sich beide Vereine auflösen haben; 2) durch eine öffentliche Versammlung einen neuen Verein zu gründen; 3) in einer darauf folgenden Mitgliederversammlung die Vorstände zu wählen.

Nachdem die Mitglieder des Vereins „Vorwärts“ erklärt hatten, daß sich ihr Verein schon längst aufgelöst hätte und sie sich nur als Parteigenossen betrachteten, so erklärten die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins, dasselbe zu thun, worauf der Antrag in allen drei Punkten angenommen wurde; zum Schluß wurde noch eine Kommission gewählt, welche das Weitere in der Organisation ausführen soll.

Friedrich Wächter.  
Dresden. Den hiesigen Dachdeckergehilfen wurde von ihrem Arbeitgeber der geforderte Lohnsatz, pro Stunde 28 Pfennige resp. pro Tag 1 Thlr., bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 64 Stunden, bewilligt. Die Herren Weiß, Stübner, Tränker und Kühnel unterzeichneten und bewilligten die Forderung der Gehilfen nicht. Herr Kühnel motivirte seine Weigerung dahin, daß „der Hunger die Arbeiter schon zu Paaren treiben“ würde!

Berlin. Die Modellistischer der Döhlert'schen Maschinenbauanstalt haben die Arbeit eingestellt, nachdem ihr Gehalt um Gleichstellung der Löhne mit den in der Fabrik beschäftigten Zimmergehilfen abschlägig beschieden worden war.

Leipzig. Am Sonnabend, den 6. Juli, fand die (in voriger Nummer bereits kurz erwähnte) Verhandlung in dem Majestätsbeleidigungsprozeß wider Bebel statt. Nach Aussage der beiden Belastungszeugen, der Gensdarmen Kriebel und Schneider, soll Bebel in einer am 19. Februar in Neufelderhausen und in einer am 26. Februar in Gohlis abgehaltenen Volksversammlung sich ehrenrührige Äußerungen gegen den König von Preußen haben zu Schulden kommen lassen. Und zwar soll Bebel damals gesagt haben: „Ehe der Krieg von 1870 ausgebrochen, habe der König von Preußen und jegliche deutsche Kaiser in seiner Proklamation dem Volke Einheit und Freiheit für den Fall des glücklich beendigten Krieges versprochen; Einheit sei zwar vorhanden, aber nur in der Kaserne und im Justizhaus, von der Freiheit dagegen bis jetzt noch nichts zu verspüren“.

„Ehe der Krieg von 1870 ausgebrochen, habe der König von Preußen und jegliche deutsche Kaiser in seiner Proklamation dem Volke Einheit und Freiheit für den Fall des glücklich beendigten Krieges versprochen; Einheit sei zwar vorhanden, aber nur in der Kaserne und im Justizhaus, von der Freiheit dagegen bis jetzt noch nichts zu verspüren“.

und daran die Bemerkung geknüpft: „es geschehe nicht selten, daß die Fürsten in Verlegenheiten Versprechen geben, welche hinterher nicht gehalten werden.“

In seiner Verteidigungsrede hob Bebel hervor, daß ihm die Absicht einer Beleidigung fern gelegen habe; er habe nur von dem Rechte eines jeden Staatsbürgers, die Worte und Handlungen eines Anderen freizusprechen zu dürfen, Gebrauch gemacht, und habe die Kritik von seinem Standpunkte ausgeübt.

Der Verteidiger Freitag legte namentlich Gewicht auf den ethischen Unterschied zwischen „Wort nicht halten“ und „Wort brechen.“ Jemanden des Wortbruchs zeihen, lasse allerdings die Annahme einer absichtlichen Beleidigung zu; dagegen involvire der Ausspruch: „sein Wort nicht gehalten“ eine Beleidigung nicht, denn es könne Jemand, trotz besser Absicht, durch einen außerhalb seiner Reichthäre liegenden Umstand verhindert sein, sein gegebenes Wort zu erfüllen. Ueberdies seien die Aussagen der Zeugen von dem Eindruck dikirt, den die Äußerungen Bebel's auf dieselben gemacht haben und der Dolus demnach nicht festgestellt. Er beantrage deshalb Freisprechung. Der stellvertretende Staatsanwalt, Dr. Wisand, hielt dagegen auf Grund der Zugeständnisse Bebel's die Anklage ausreicht und beantrage eine angemessene Strafe. Der Gerichtshof verurtheilte darauf Bebel zu neunmonatiger Gefängnisstrafe und zum Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte.

Frankfurt a. M., 9. Juli. Zur Warnung! Die Regierung zu Wiesbaden hat kürzlich ein Verbot gegen „unbefugtes Kollektieren“ erlassen. Ich mache die Parteigenossen unseres Regierungsbezirks darauf aufmerksam, damit sie vorsichtig seien und nicht etwa eines schönen Tages ca. 10 Thlr. der Regierung, statt dem Ausschuss in Hamburg zu bezahlen haben!

Ferner: Man hört in neuester Zeit häufig, daß Pakete mit Schriften x. in schadhaftem Zustand ankommen. Wir selbst ist es geschehen, daß einzelne Schriften gefehlt haben. Damit wenigstens der letzte, natürlich „ganz zufällige“ Unfall sich nicht ereigne, empfiehlt es sich, bei Abendung der Pakete die Werthangabe zu machen; die Gebühre hierfür beträgt (nach § 3. des Gesetzes über das Postwesen) nur 1—2 Groschen, und die Post muß den vollen Werth des abgelenkten Paketes ersetzen. Wie die Zustände im Reich Stieber's und der frommen Sitte einmal sind, ist solche Vorsicht durchaus nöthig; man ist auf die angegebene Art wenigstens vor Verlust gesichert.

A. S.  
Dresden, d. 5. Juni Die „Remesis“ (Arbeiterjournal) erscheint vom 1. Juli an nicht mehr, da nach Angabe des Verlegers C. Nische die erforderliche Anzahl Abonnenten nicht vorhanden ist, um das Blatt pecuniär zu erhalten. Ich nehme deshalb an dieser Stelle im Geiste Abschied von allen mir liebgewordenen Lesern, indem ich zugleich mit dem Wunsch, daß der geringe Saamen, den mir zu streuen in der kurzen Zeit vergönnt war, reichliche Früchte bringe, noch die Hoffnung ausdrücke, daß wir uns vielleicht bald auf einem andern Plage des großen Kampffeldes brüderlich die Hände reichen werden.

Alts Schauer, bisher Redacteur der „Remesis“.

Zur Aufklärung in der Angelegenheit Imhof.  
Auf dem Erfurter Kongreß lief, als die Frage erörtert wurde, ob Nippold (Gotha) der Zutritt gestattet sei, beim Bureau ein anonymen Antrag ein, wodurch die Entfernung Imhof's gleichfalls verlangt wurde. Da Gründe nicht angegeben waren, mußte man die Sache auf sich beruhen lassen. Später kam diese Angelegenheit im Privatgespräch zur Erörterung, und wurde von verschiedenen Personen das in Nr. 52 Gesagte bestätigt.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, und obwohl ich die Art des Vorgehens in Nr. 52 nicht für die richtige halte, fühle ich mich durch die Antwort in Nr. 54 veranlaßt, um die Angelegenheit zum Austrag zu bringen, die Erfurter zu ersuchen, den Nachweis, ob eine Verleumdung vorliegt oder nicht, an den Ausschuss der Partei einzusenden.

Theod. Jord.

Briefkasten  
der Expedition: Von Kobylitz, Dresden f. Abonn. II. Qu. 13 Thlr.; 19 1/2 Ngr. Sie haben, nachdem Sie 78 Expl. insandten, 10 Ngr. zuviel bezahlt; Dogauer, Zwickau f. Schriften 5 Thlr.; Jienau, Wandsbeck f. Abonn. II. Qu. 16 Thlr. 20 Gr. 9 Pf.; Knödel, Augsburg; Sie sandten heute f. Annonce 13 kr. — 3 Ngr. 7 Pf.; es restiren noch immer die 2 Ngr. 5 Pf. von 14. Febr. Nr. 13, Parteiversammlung betr. Sie sandten früher für literar. Verein 6 Ngr. f. Annonce Nr. 17, 26 u. 27; M. Pilschower, Posen: Die Nummer mit Porto kostet 1 Ngr. 4 Pf.; Sie haben 3 Ngr. 6 Pf. gut. Wollen Sie künftig schriftlich bei der Post reklamieren, wenn es mündlich nichts hilft; und sollte das auch fruchtlos sein, uns sofort Mitteilung machen. Plessel, Volkmarshof f. Abonn. II. Qu. 10 Thlr.; für Lüneburg: Die Annoncen betragen 16 Ngr.; Müller Colp. f. Abon. III. Qu. 16 Thlr.; Franz in Jülich: Erwarte. Siehe Bekanntmachung der Verwaltungskommission v. 2 ds. Nr. 53.; Weichert, Plagwitz f. Abonn. Juni 2 Thlr. 24 Ngr.

der Redaktion: Solingen: Der „Volksstaat“ wird bereits Montag und Donnerstag Abend druckfertig gemacht und Dienstag, resp. Freitag früh gedruckt. — F. H. Simon in Königsberg: Ein Brief an Sie ist als unbestimmbar zurückgekommen. — S. Pforzheim: Sie müssen sich bei der Oberpostdirektion beschweren, wenn Ihr Postamt sich weigert, die Bestellung anzunehmen und Sie an den Briefträger verweist. — Eßlingen: der „Volksstaat“ kostet nach wie vor 12 1/2 Ngr. Bescheren Sie sich nur bei der Oberpostdirektion, daß Ihr Postamt Ihnen 28 kr. zuviel abnehmen will.

Arbeitsmarkt.  
Zwei geübte Gürtlergesellen können sofort Arbeit erhalten bei C. R. Straube in Gotha.

Steinhauer-Gesuch.  
Es können 2 sehr gute Steinhauer, der eine in Granit, der andere in Sandstein, auf Jahre lang bei gutem Lohn bei mir in Arbeit treten. Selbige müssen aber gut nach Zeichnungen arbeiten können, denn die Arbeit ist: Grabsteine und Monumente.

Seide, in Hofheim. C. R. Petersen, Steinmey.

Für Schuhmacher.  
Der Arbeitsnachweis der Qualitäten in Dresden Palmstr. 20, täglich von 10 bis 12 Uhr. Solide Beherbergung in Erbbergasse Nr. 2 bei Herrn Taggeßell.

### Fach-Verein der Kürschner und Mützenmacher

Leipzig und Umgegend.  
Montag, d. 15. Juli, Versammlung im Vereinslokal bei Richter, Hofplatz Nr. 6, Abends 8 Uhr. — Tagesordnung: **Verathung über Anschlag an die Union.**

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist deshalb dringend nöthig. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Näheres betrifft des Kränzchens. — Der Vorstand.

### Der Arbeiterbildungsverein

feiert Sonntag, d. 14. Juli im Gasthof zur „Stadt Naumburg“ im Gohlis sein Sommerfest, und ladet hierzu Freunde und Gönner des Vereins zu zahlreicher Theilnahme ein.

Programms sind a 2 Ngr. zu haben im Vereinslokal sowie an der Kasse. Anfang nachmittags 1/4 1 Uhr. Der Vorstand.

### Für Plagwitz.

Sonnabend, d. 13. Juli, Abends 8 Uhr, **Allgemeine Versammlung der Metallarbeiter**, in der Restauration von Ledeme.

Tagesordnung: „Die Lage der Arbeiterklasse und der Erfurter Gewerkschaftskongreß“. Das Nähere belegen die Plakate. Alle Arbeiter sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

### Für Hamburg.

**Sozialdemokratischer Arbeiterverein.**  
Versammlung am Montag, d. 15. Juli, Abends 9 Uhr, in Eberhahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31. — Tagesordnung: 1. Sozialpolit. Wochenbericht, Ref. A. Wendt. 2. In wie fern mühen die Stricks den Arbeitern und der Gewerkschaftsbewegung. Ref. Geib. Gäste haben Zutritt. Anquä Geib.

### Für Hamburg-Altona.

**Versammlung**  
**fämmlicher Maschinenmacher, Vorrichter und Nähtinnen**  
**auf Schuhmacherarbeit.**

Heute, Sonnabend, d. 13. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in Eberhahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31. — Tagesordnung: Verathung des Statutenentwurfs und Constitution des Vereins. Zu zahlreichem Besuch fordert obenerwähnte Arbeiter auf J. A. C. Köhler.

### Berlin.

**Sozialdemokratische Arbeiterpartei.**  
Montag, d. 15. Juli im Café Deigmüller, Neue Gasmstr. 28. Tagesordnung: Die revolutionäre Bewegung der Reichs. Ref. Kayser. Der Vertrauensmann Heinsch.

### Entbindungs-Anzeige.

Allen Parteigenossen  
die Mittheilung von der Sonntag Abend erfolgten Entbindung meiner lieben Frau, von einer muatern Weltbürgerin, welche nach religiösen Dingen so wenig Verlangen zeigte, daß sie heute in das Disfidentenregister eingetragen wurde.

Reichenbach, d. 8. Juli 1872. Mit sozial-demokr. Gruß Rob. Müller.

### Zur Notiz.

Mitte August erscheint ein „**Volksstaats**“-Kalender pro 1873 zum Preis von 3 1/2 Sgr. —

Im Verlage der Expedition des „Volksstaat“ ist in zweiter Auflage erschienen:

Thlr. Gr. Pf.

**B. Vieblnecht**, zu Truh und Schuß, Festrrede, gehalten beim Stiftungsfest des Grimmschauer Volksvereins am 22. Okt. 1871. — 2 5

„Die politische Stellung der Sozialdemokratie“ — 1 5

Durch dieselbe ist ferner zu beziehen: — 15 —

**Bastiat-Schulze**, von Kassaile. — 12 5

**Julian Schmidt** — 3 —

**Die Wissenschaft und Arbeiter** — selber 4 Gr. jezt — 2 5

**Was nun?** — 2 5

**V. Becker**, Der alte und neue Jesuitismus, oder die Jesuiten und die Freimaurer. — 6 —

**Dr. Woolf**, das Leben Jesu I. Theil. — 8 —

**F. Sunner**, Gott. Aus dem Spanischen überfetzt von H. Heinrich. — 5 —

sowie alle übrigen sozialdemokratischen Schriften.

### Den Parteigenossen empfehlen wir zum Abonnement

### Die Demokratischen Blätter

herausgegeben von S. Kotosky in Königsberg.

Halbjahrspreis 15 Sgr. Direct zu beziehen durch den Herausgeber.

### Frankfurter Zeitung

Eigentümer und Auflage  
**Leopold Sonnemann. Handelsblatt. 13,000 Auflage.**

Die „Frankfurter Zeitung“, welche von Carl Volckhausen unter Mitwirkung von Dr. Gustav Cohn, Otto Hörtz, Eduard Sad, Dr. Guido Weiß u. A. redigirt wird, ist ein Organ der Demokratie. Sie vertritt die Grundsätze der Freiheit und Humanität in politischer, religiöser und volkswirtschaftlicher Beziehung.

Lüchtige Privatkorrespondenten in allen Ländern, zahlreiche Telegramme, für welche die Redaktion sich große Opfer auferlegt, versehen die Leser der „Frankfurter Zeitung“ stets mit raschen und zuverlässigen Informationen.

Unser Feuilleton enthält ausgewählte Originalnovellen sowie zahlreiche literarische und wissenschaftliche Aufsätze von den bekanntesten Schriftstellern des Vaterlandes. Zu den regelmäßigen Mitarbeitern des Feuilletons zählen wir: Admilla Assing, Louis Büchner, L. v. Berlepsch, Edmund Höfer, G. F. Kolb, Ferdinand Volckstein, Ludwig Pfau, L. Reinhardt, Julius Stettenheim, Dr. Lemme, Prof. Bögel, Prof. C. Vogt, Prof. Carl Vogt, Ludwig Walekrode u. A.

Das neuerdings mehrfach erweiterte Frankfurter Handelsblatt ist das reichhaltigste und zuverlässigste kommerzielle und finanzielle Organ Süd- und Mitteldeutschlands. Zahlreiche Gratis-Beilagen wie der Frankfurter Börsenkalender, der regelmäßige Verlosungs-Anzeiger, Post- und Eisenbahntabellen werden nach Bedürfnis beigegeben. Neben dem Coursblatt des Wechselmaleserjunditars, welches jeder Abonnent in einer besonderen Beilage erhält, bringt der ausführliche Coursbericht der Frankfurter Zeitung die an der Börse selbst aufgenommenen Notierungen der wichtigsten Tagespapiere und giebt auf diese Weise dem Leser Gelegenheit zur Vergleichung.

Der Preis der täglich in zwei, nach Bedürfnis auch in drei Blättern erscheinenden „Frankfurter Zeitung und Handelsblatt“ ist in Frankfurt fl. 3. 45 kr., in Preußen fl. 4. 4 kr. oder 2 Thlr. 10 Sgr. per Vierteljahr; in Oesterreich, Luxemburg sowie im deutschen Reich (einschl. Preußen) fl. 3. 20 kr. oder 1 Thlr. 27 1/2 Sgr. Die „Frankfurter Zeitung“ ist mithin die billigste unter allen großen politisch-kommerziellen Blättern Deutschlands.

Anzeigen finden in der „Frankfurter Zeitung“ die weiteste Verbreitung. Die Feuilletons werden mit 9 kr. oder 2 1/2 Sgr. berechnet. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten gegen Einfindung ihrer Postquittung, soweit der Vorrath reicht, den Börsen-Kalender pro 1872 gratis geliefert.

Frankfurt a. M., im Juni 1872.

**Die Expedition der „Frankfurter Zeitung“.**  
Bureau: große Giechenergasse 31.

Leipzig: Berant, Redacteur A. Ruth; Redaktion u. Expedition Hobeit. 4; Druck u. Verlag v. J. Ebel.

\*) Auf Wunsch wiederholt auf Nr. 42. Red. d. Volksst.